

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 280.

Donnerstag, den 30. November 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Bauarbeiter und die Reichstagswahlen.

Mit Ungebuld erwartet die Arbeiterschaft die Reichstagswahl. Allzuarg hat man ihre Interessen in der letzten Legislaturperiode vernachlässigt, als daß sie nicht das Brennende Verlangen empfinden sollte, Abrechnung mit ihren geschworenen Feinden zu halten. Aber die Reichstagswahlen sollen uns mehr sein als eine Gelegenheit, Vergeltung zu üben, sie sollen eine Neuordnung der politischen Machtverhältnisse bringen. Eine Neuordnung, die eine fruchtbare und positive Arbeiterpolitik ermöglicht.

An einer solchen, den Bedürfnissen der Arbeiterschaft genügenden Politik sind die baugewerblichen Arbeiter sehr lebhaft interessiert. Sie müssen mit der Masse des übrigen werktätigen Volkes eine Umkehr unserer Wirtschaftspolitik erstreben; müssen auf eine Verminderung unserer Rüstungslasten bedacht sein, müssen sich gegen eine Fortsetzung der Steuerpolitik zur Wehr setzen, die sie bisher und besonders im Jahre 1909 voll schamächtigen Grimmes dulden mußten; sie müssen schließlich mit allem Ernst eine Erweiterung der Rechte des Reichstages anstreben — das alles sind Fragen, die für die Bauarbeiter dasselbe Gewicht haben, wie für die Gesamtheit der arbeitenden Klassen und die von ihnen wie von allen anderen Arbeitern bei der Stimmabgabe zu berücksichtigten sind.

Aber neben diesem Interesse allgemeiner Art bestehen noch andere, die gleichfalls Beachtung erheischen, wenn sich der baugewerbliche Arbeiter die Frage vorlegt: Wen wähle ich? Bei welcher Partei finde ich das meiste Verständnis für meine Wünsche und Beschwerden, den redlichsten Willen, sich meiner Interessen anzunehmen?

Da ist zunächst der Schutz des Bauarbeiters vor den Gefahren der Berufsarbeit. Jahr für Jahr muß die Bauarbeiterschaft einen Strom von Blut der täglichen Arbeit opfern. Im Jahre 1909, dem letzten, für das Nachweisungen vorliegen, büßten allein 752 Personen bei Baufällen ihr Leben ein, während 2800 Verletzungen erlitten, die sie dauernd erwerbsunfähig machten; die Gesamtzahl aller gemeldeten Unfälle betrug nicht weniger als 51 747! Auf dem ersten Kongreß für Bauarbeiterchutz, der im Jahre 1899 zu Berlin stattfand, erhoben die Arbeiter zum ersten Male die Forderung nach einer reichsgesetzlichen Regelung des Arbeiterchutzes auf Bauten, und mit besonderem Nachdruck forderten sie Beteiligung der Arbeiter an der Baukontrollen. Aber die Reichsregierung blieb diesen Wünschen gegenüber taub. Sie glaubte, daß die Berufsgenossenschaften, diese ausgesprochenen Unternehmerorganisationen, in der Lage sein würden, die nachgewiesenermaßen hochbedenklichen Mängel zu beseitigen. Die bürgerlichen Parteien zeigten auch bei dieser Gelegenheit, daß sie günstigstenfalls schöne Worte, aber sonst nichts weiter für die Arbeiter übrig haben. Von einer reichsgesetzlichen Regelung wollten sie in ihrer übergroßen Mehrheit nichts wissen.

Das Vertrauen zu der Tätigkeit der Berufsgenossenschaften aber ist gründlich getrübt worden. Die Unfälle im Baugewerbe nehmen zu! Von den zwölf Baugewerks-Berufsgenossenschaften haben neun über eine Zunahme der Unfälle berichten müssen. Und zwar, obwohl sich die Berufsgenossenschaften rühmen, 105 Aufsichtsbeamte angestellt zu haben. Die technische Umwälzung im Baugewesen, insbesondere die vermehrte Anwendung des Eisensbetons, steigert die Gefährlichkeit der Bauarbeit; darum ist es notwendig, daß der Arbeiterchutz auf die feste Grundlage reichsgesetzlicher Vorschriften gestellt wird, zu deren Durchführung die Arbeiterschaft mit heranzuziehen ist. Wer das will, der muß nach seinen Kräften dafür sorgen, daß Vertreter der Arbeiter, daß Sozialdemokraten in möglichst großer Anzahl in den Reichstag einzutreten; denn so wie nur diese es waren, die den Bauarbeiterchutz in die Politik einführten, so werden auch sie es sein, die ihn weiter tatkräftig fördern.

Von nicht geringerer Bedeutung ist für den Bauarbeiter der Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, insbesondere die Inangriffnahme der Arbeitslosenfürsorge durch das Reich. Das Baugewerbe hat wie kein zweites den Charakter des Saisongewerbes, seine Arbeiter leiden daher in außerordentlich hohem Maße unter der Arbeitslosigkeit. Durch diesen Umstand ist aber noch ein anderer bedingt, der das Interesse der Bauarbeiter an der Arbeitslosenfürsorge erhöht. Die Gewerkschaften der Bauarbeiter könnten nicht, wie die der anderen Berufe, die Not der Arbeitslosigkeit durch Gewährung von Arbeitslosenunterstützung lindern. Die Kosten sind zu groß,

als daß sie sich entschließen könnten, sie auf sich zu nehmen; davon muß sie insbesondere die brutale Aussperrungstaktik der Bauunternehmer abhalten, die sie zwingt, sich ständig in einem großen Umfange gerüstet zu halten. Darum ist die öffentlich-rechtliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge für die Bauarbeiterschaft von ganz besonderer Wichtigkeit. Und hier kann man nicht warten, bis alle deutschen Gemeinden die Unterstützung der Arbeitslosen eingeführt haben, hier muß das Reich, dem auch die übrige soziale Gesetzgebung untersteht, eingreifen, und der Reichstag muß die widersprechende Regierung nötigen, der Sache näher zu treten.

Aber ist das von einem Reichstag zu erwarten, der so wie der jetzige zusammengesetzt ist? Haben die bürgerlichen Parteien nicht erst bei der Reichsversicherungsordnung erneut bewiesen, welche Art von Sozialpolitik wir von ihnen zu erwarten haben? Soll die Frage der Arbeitslosenfürsorge aus dem lustigen Reiche der Diskussion und des Experiments in die konkrete Politik übergeführt werden, so müssen wir einen Reichstag wählen, in dem die Sozialdemokratie stark genug ist, die Regierung und die bürgerlichen Parteien vorwärts zu treiben.

Seit einigen Jahren drängt sich die Frage der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge und des Einigungswezens bei Arbeitsstreitigkeiten immer mehr in den Vordergrund. Man wird damit rechnen müssen, daß sie in nicht allzu langer Zeit gesetzgeberische Maßnahmen veranlassen wird. Darum die Augen auf! Auf diesem Gebiete stehen außerordentlich wertvolle Interessen der Arbeiterschaft auf dem Spiele. Für die vom Scharfmachertum beeinflussten Parteien liegt der Gedanke nahe, bei der gesetzlichen Regelung dieser Materie eine Anebellung der Gewerkschaften anzustreben, nicht in dem Sinne, daß man den Organisationen selbst Schwächen macht, sondern insofern, daß man die Organisationsmacht der Arbeiter lähmt, sie bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wohl gar ausschaltet. Erfolgt diese Regelung im Sinne der Scharfmacher, so wird sie eine ungeheuer hemmende Wirkung auf die gewerkschaftlichen Aktionen ausüben.

Davon aber würde die baugewerbliche Arbeiterschaft in erster Linie betroffen werden. Gerade im Baugewerbe ist das Tarifvertragswesen recht hoch entwickelt und stark ausgebreitet. Gerade im Baugewerbe haben die Lohnkämpfe Formen angenommen, bei denen eine mit großen Vollmachten ausgestattete Einigungsbureaokratie den Arbeitern sehr unangenehm werden könnte. Darum hängt für die wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der Bauarbeiter so sehr viel von dem Ausfall der Reichstagswahlen ab. Bei der sattem bekannten Haltung der bürgerlichen Parteien erwächst den Bauarbeitern die Pflicht, den Reichstagswahlen die größte Aufmerksamkeit zu schenken und in ihrem wohlverstandenen wirtschaftlichen und beruflichen Interesse für die Wahl von Arbeitervertretern, das sind Sozialdemokraten, zu wirken.

Die Reichstagswahl.

Konservative Überzeugungstreue.

Der konservative Abg. Pauli-Potsdam, der es vorgezogen hat, einen mecklenburgischen Wahlkreis aufzusuchen, um in Potsdam nicht durchzufallen, stimmte seinerzeit für die Erbschaftsteuer. In dem Mecklenburger Wahlkreise, um dessen Mandat er sich bewirbt, redet er gegen die Erbschaftsteuer. Festgenagelt auf diesen Widerspruch erklärte er, in seinem jetzigen Kreise sei ihm von den konservativen Wählern, die gut zwei Drittel Städter seien, nahegelegt, für die Erbschaftsteuer zu stimmen; um den Kreis der konservativen Partei zu erhalten, habe er denn auch in diesem Sinne gehandelt. Jetzt sei das natürlich etwas anderes, jetzt sei er wieder gegen die Erbschaftsteuer.

Reichstagswahlen und Deutscher Kriegerbund.

Die „Parole“ veröffentlicht den Wahlauftrag des Deutschen Kriegerbundes, in dem es für unvereinbar mit dem Gelöbnis eines Mitgliedes eines Kriegervereins, das es bei der Aufnahme in den Verein abgegeben müsse, erklärt wird, die Stimme einem Welfen, Polen oder Sozialdemokraten zu geben. Der Aufruf betont:

„Wer dies Gelöbnis nicht mehr halten will, von dem erwarten wir, daß er als ehrlicher Mann aus seinem Kriegerverein ausscheide, denn seine Zugehörigkeit ist freiwillig, und wir halten niemanden, der sich nicht mehr zu unseren Grundsätzen bekennen will. Dies gilt sowohl bei den Hauptwahlen wie für die Stichwahlen! Auch bei den Stichwahlen ist die Wahl eines Sozialdemokraten, hannoverschen Welfen oder Großpolen eine Unterstützung dieser Parteien und mit den Satzungen des Krie-

gervereinswesens unvereinbar. Wir bitten unsere Verbände- und Vereinsvorstände, in vorstehendem Sinne tätig zu sein.“

Wenn man den Mitgliedern der Kriegervereine wenigstens einen Teil der eingezahlten Beiträge zurückgeben wollte, würde die Mahnung zum Austritt einen ungeahnten Erfolg haben.

Agitationswaffen des Zentrums.

Dort, wo das Zentrum unbestritten herrscht, hat es noch nicht darauf verzichtet, seine allen gewalttätigen Mittel in der Bekämpfung der Gegner anzuwenden. In dem Eisenbörnschen Denu (Kreis Adenau) wollte die Sozialdemokratie eine Versammlung abhalten, die Pfarrer aber trommelten Zentrumsmännern zusammen, stellten auch eine Musikkapelle und machten die Abhaltung der Versammlung unmöglich. Parteisekretär Genosse Bergel wurde niedergebrüllt und mußte sich unter behördlichem Schutz stellen, um nur mit heiler Haut von der „christlichen“ Gesellschaft hinauszukommen. Die fanatisierten Massen verfolgten ihn mit Gebrüll und Schimpfreden eine ganze Strecke weit.

Die Reichstagskandidatur in Mülhausen i. G.

Verschiedene Blätter bringen die Mitteilung, daß Genosse Emmel sich nicht wieder als Reichstagskandidat für Mülhausen im Elsaß aufstellen lasse, weil nach einem Beschlusse der dortigen Genossen das Reichstags- und das Landtagsmandat nicht in einer Hand vereinigt sein solle.

Diese Meldung ist falsch; Genosse Emmel ist vielmehr längst als Reichstagskandidat für Mülhausen wieder aufgestellt.

Graf Gaejeler hat seine Kandidatur zurückgezogen.

Aus Duisburg kommt die Nachricht, daß Graf Gaejeler, der dort als neutraler Kandidat von einigen bürgerlichen Parteien aufgestellt war, seine Kandidatur zurückgezogen habe. Die rechtsstehenden Gruppen, die ihn aufstellten, wollen nunmehr für den national-liberalen Kandidaten eintreten. Dieser letztere Teil der Meldung wird allerdings von der „Deutschen Tagesztg.“ bezweifelt.

Der schwarz-Blau Block.

Nach einer Zusammenstellung der „Freie. Zeitung“ werden Zentrum und Konservative in folgenden Wahlkreisen bei der Hauptwahl zusammen gehen:

Das Zentrum unterstützt auf Grund offizieller Beschlüsse die Konservativen, den Bund der Landwirte und die Christlichsozialen im ersten Wahlgang in folgenden Wahlkreisen: Mittisch-Trebnitz (v. Hennebrand); Danzig-Stadt (Deutler); Breslau-Ost (Lützrat Grünher); Breslau-West (Regierungsrat Dr. Meyer); Striegau-Schweidnitz (Frhr. v. Richthofen); Bunzlau-Lüben (Aus dem Winkel-Logau, v. d. L.); Kreuzburg-Rosenberg (Meyer-Paulsdorf); Weßlar-Altenkirchen (Behrens); Lennep-Mettmann (Stuhrmann); Kaiserslautern (Dr. Koesicke, v. d. L.); Mülheim-Vörsach (Kandidat noch nicht bestimmt).

Konservative und Bund der Landwirte unterstützen im ersten Wahlgang das Zentrum in Lahr-Ettenheim-Wolsch (Fehrenbach). Auch die Kandidatur des Herrn Dr. Dertel, des Chefredakteurs der „Deutschen Tageszeitung“, in Kreuznach-Simmern dürfte nach Andeutung der „Germania“ vom 24. cr. sofort die Unterstützung des Zentrums finden. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht, daß das Zentrum im Wahlkreise Briesg, der ungefähr 29 Prozent Katholiken zählt, und wo gleichfalls Dr. Dertel kandidiert, bisher keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hat.

Mögen die Liberalen hieraus eine Lehre ziehen und die Rechte nicht auch noch direkt oder indirekt unterstützen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

beendete am Mittwoch die zweite Lesung des Hausarbeitsgesetzes. Wie zu erwarten stand, hat die bürgerliche Mehrheit die obligatorischen Lohnämter verworfen und dafür das Messer ohne Klinge, den Rahmen ohne Bild, die Schale ohne Kern, den Schatten ohne Wesen, die fakultativen Fachauschüsse beschloßen. Kadelweisse liefen die Bürgerlichen Sturm gegen die Lohnämter. Der Antirömische Evertling socht Seite an Seite neben dem Günstling des Breslauer Fürstbischöfs Fleischer und dem Schilling des Kölner Erzbischöfs Giesberts, der fortschrittliche Fabrikant Wang neben dem angeblichen Arbeiterführer Behrens, der schlesische Graf Carmer

neben den Schulmännern Enders und Kolbe. Schließlich eine auch nochmals Herr Delbrück herbei, um der Koalition seinen ministeriellen Segen zu geben. Nur einer machte eine Ausnahme von diesem gesamtbürgerlichen Konzert. In einer schönen und gedankenreichen Rede trat Naumann tatsächlich für unseren Antrag, formell allerdings nur für seinen Spiegelantrag auf Erweiterung der Kompetenz der Fachauschüsse ein. Aber nur noch ein paar andere weiße Raben aus dem Freisinnsschwarm gefolgt sind zu ihm, als es zur Abstimmung kam, nachdem Genosse Zietlich den Bürgerlichen gründlich den Marsch geblasen hatte. Es waren ganze sechs Mann vom Freisinn, die den Antrag Naumann akzeptierten.

Der Rest des Gesetzes wurde ziemlich glatt erledigt. Ein vom Genossen Stadthagen mit ausgezeichneter Sachkenntnis begründeter Antrag, durch eine feste Bestimmung die gewerkschaftliche Stellung der Hausarbeiter vor juristischen Auslegungskünstküchlein zu schützen, fand ebenfalls keine Gnade vor den Augen der Mehrheit und der Regierung.

Auf der Tagesordnung der Donnerstagsitzung steht das Gesetz über die Aufhebung der freien Hilfskassen und sodann die zweite Lesung der Angestelltenversicherung.

Nationalliberale Wahlarbeit.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat, wie die „Nationalzeitung“ erfährt, im Reichstage noch einen Initiativantrag eingebracht, der eine Regelung des Submissionswesens verlangt, im Sinne der vom Hansabund aufgestellten Grundzüge.

Selbstverständlich ist es ganz ausgeschlossen, daß dieser Initiativantrag noch zur Verhandlung kommen kann. Es handelt sich um nichts weiter als um ein Wahlmanöver, mit welchem die Nationalliberalen vor allen Dingen auf die Handwerker zu wirken gedenken.

Eine mißlungene Reichsverbandsaktion.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der längst zu einem blinden Werkzeuge der Reaktion geworden ist, hat es unternommen, in einem Flugblatt nachzuweisen, daß es eine Lebensmittelenerierung nicht gibt. Dieser Versuch mußte natürlich mißlingen, denn greifbare Tatsachen kann auch der Reichsverband nicht wegdisputieren. Um aber die Massenauflage, die hergestelt worden ist, doch noch an den Mann zu bringen, bietet der Reichsverband sein Flugblatt den bürgerlichen Parteien zur Verbreitung an. Nur die Postkosten brauchen sie zu bezahlen. Trotzdem ist es zweifelhaft, ob die bürgerlichen Parteien bereit sind, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß der Reichsverband wieder einmal die Wahrheit auf den Kopf gestellt hat.

Agarischer Geschäftstän.

Der Bund der Landwirte hat für Wahlzwecke 17 Millionen Ansichtspostkarten herstellen lassen, auf denen er in den verschiedensten Bildern die Behauptung aufstellt, daß die Landwirtschaft Werte im Betrage von zwölf Milliarden Mark produziere, während die deutsche Industrie nur zehn Milliarden hervorbringe. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung ist bereits festgestellt worden, als der Bund der Landwirte farbige Plakate herstellen und verbreiten ließ, auf denen diese falschen Rechenexempel ebenfalls verzeichnet waren. Die Bündlerpresse mußte damals kleinlaut zugeben, daß sich ihre „wissenschaftliche Autorität“, Professor Ballot, geirrt habe. Der Bund der Landwirte macht in seiner bekannten Geschäftstüchtigkeit, die er unter anderen Umständen als jüdischen Geschäftsgeist bezeichnen würde, mit dem Vertrieb der Ansichtskarten ein brillantes Geschäft. Er schickt nämlich jedem seiner Mitglieder 50 Stück seiner Karten ins Haus und erklärt, daß er dafür 3 Mk. erheben werde. Der Überblick aus dem Kartenerwerb fließt in die Wahlkasse des Bundes. Daß mit diesem Handel den zum Mittelstand gehörigen Papierwarenhändlern die allergrößte Konkurrenz bereitet wird, weil sich jeder Bündler in einen Ansichtspostkartenhändler verwandelt, wird der Bund der Landwirte nicht bestreiten wollen, gleichwohl werden seine Agenten landauf, landab die Versicherung geben, daß der Bund der Landwirte mit aller Energie für die Hebung des Mittelstandes eintreten wolle.

Vertrauensvotum für Heydebrand.

Heydebrand hat es für notwendig befunden, noch vor der zweiten Lesung des Marokko-Abkommens im Reichstage sich ausdrücklich ein Vertrauensvotum von seiner Partei ausstellen zu lassen. Der fünfzigjährige Ausläufer der konservativen Partei war am Dienstag abend in Berlin versammelt. Auf Antrag der Vertreter der drei größten süddeutschen Bundesstaaten wurde zur Marokkofrage der folgende Beschluß gefaßt:

Der weitere Vorstand (fünfzigjährige - Ansjah) der Deutsch-Konservativen Partei billigt in vollem Umfange das Verhalten ihrer Vertreter im Reichstage bei der Verhandlung über die Marokkofrage und ippicht der Reichstagsfraktion, wie insbesondere dem Fraktionsredner Herr v. Heydebrand, volles Vertrauen und aufrichtigen Dank aus.

Die glänzende Finanzlage.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Schmeißer wussten vor einigen Wochen zu berichten, daß das Reich in diesem Jahr mit einem kleinen Überschuß abschließen werde. (Auch der Schatzkammerdirektor Werntz ließ jüngst etwas derartiges verlauten.) Jetzt teilt das Blatt mit, daß der Anleihebedarf des Reiches im kpmenden Etat mit 50 Millionen Mark fixiert sei und beruhigend wird dann hinzugefügt:

„Dem Ziel, nur außerordentliche verbundene Ausgaben durch die Anleihe zu decken, ist man damit nahe gekommen; es bleibt aber zu bedenken, daß die zur Schuldentilgung bestimmten Summen immer noch dazu verwendet werden, um fortwährende Ausgaben, namentlich der Marineverwaltung, zu decken. Jedoch kann angesichts der jetzigen Größe der Anleihe gesagt werden, daß die Reichsfinanzen der Gegenwart sehr nahe gekommen sind. Sie werden ganz gesund, wenn es gelingt, wie in den letzten 3 Jahren, auch in noch mehreren weiteren Kraftvoll die finanzpolitischen Grundzüge durchzuführen, die zu dem bisherigen Ergebnis geführt haben.“

Das sind alles Phantastiegebilde, Potemkinsche Dörfer, die zum Zwecke der Täuschung aufgebaut werden. Die kommende Flottenvorlage wird alle diese schönen Versicherungen über den Haufen werfen.

Gegen das Reichstagswahlrecht!

Im sächsischen Landtage erklärte am Mittwoch der Minister des Innern, Viktor von Eckardt, daß die Entbindung von der Steuer für die unteren Steuerklassen unter allen Umständen die Wahlentrechtung mit sich bringen werde. Die sächsische Regierung habe auch im Bundesrat gegen die Verfassung von Elsaß-Lothringen gestimmt, weil sie stets den Standpunkt vertreten habe, daß für die Einzelstaaten das gleiche Wahlrecht nicht opportun sei. Das Reichstagswahlrecht bilde gewissermaßen eine Entschädigung für die allgemeine Wehrpflicht. Aber auch dies wäre man gern los — hätte der Herr getrost hinzufügen müssen. Und man würde es beiseitigen, wenn nicht die berechnete „Angst vor der eigenen Courage“ wäre!

Wähler! macht vom Wahlrecht richtigen Gebrauch, auf daß man es euch nicht stehle!

Die Marineforderung des Tages.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schließt eine längere Abhandlung über die Marokko-Debatte im englischen Unterhaus mit dem Satz:

„Es ist unzweifelhaft, daß, so lange wir nicht 72 Linienschiffe haben, England jedesmal dort, wohin Deutschland will, „Abmachungen oder Interessen“ entdecken wird.“

Ein wahrwichtiges Bekräftigen ist das Ziel der Hintermänner des westfälischen Kapitalistenbattes, sie wollen Geld verdienen, sonst hat die Reichsherrlichkeit für sie keinen Zweck. Und „Fortschrittler“ unterstützen dies Treiben direkt und indirekt!

„Krauthuberer“ der deutschen Diplomatie.

Kiderlen-Wächter fühlte sich nach seinen „Enthüllungen“ in der Subjektkommission wieder oben auf und die offiziellen Blätter erhielten Anweisung, der Diplomatie verstärkten Wehrreich zu spenden, wie sie jetzt mit Grobheiten und Drohungen die englischen Ministerreden beantworten müssen. Die „Post“ nimmt sich nun den offiziellen „Lokal-Anzeiger“ wegen einer allzuplumpen Anpreisung der Kiderlen-Politik vor:

„Dem offiziellen Blatte zufolge scheint das Wesen der Politik darin zu bestehen, daß man entweder vor einem Gegner ins Maulloch kriecht, oder aber zu den größten Ausdrucksmitteln greift. Gewiß, die Notwendigkeit einer deutlichen, scharfen, vielleicht sogar groben Sprache mag zuzeiten im diplomatischen Verkehr bestehen, und es mag Fälle geben, in denen ein Botenbote zu einer solchen Ausdrucksweise von seiner heimischen Regierung ausdrücklich ermächtigt wird. Dann darf der Botenbote aber nicht, wie es im vorliegenden Falle geschehen ist, drei Tage später (nachdem ihm im gleichen Tone geantwortet worden ist) zu einer neuen Erklärung angewiesen werden, die in allen Punkten einen vollen Rückzug bedeutet. Das ist keine Politik der Stärke, sondern eine politische Krauthuberer, und man wird unwillkürlich an die Tierjabel erinnert, in der die umgehängte Löwenhaut eine so ergötzliche Rolle spielt.“

Das Blatt meint zum Schluß, die deutschen Verhandlungen mit England würden in der diplomatischen Geschichte dieses Sommers als Komödie fortleben, in der Regie und Darsteller zu gleichen Teilen verjagt hätten.

Kleine politische Nachrichten.

Wilhelm II. hat den Reichskanzler zu seinem Geburtstag beglückwünscht und ihm eine Vase mit dem kaiserlichen Namenszug zum Geschenk gemacht. Sicher hat Behrman gehofft, Graf zu werden. Das aber hat nicht sollen sein. In „gottgewollter“ Abhängigkeit wird er sich in sein Schicksal fügen. — Die Einnahmen der Reichspost werden nach den vorliegenden Nachrichten im laufenden Rechnungsjahre den Haushaltsantrag von 734 161 600 Mk. nicht nur erreichen, sondern voraussichtlich erheblich überschreiten, denn die Einnahmen in den ersten sieben Monaten betragen 433 035 965 Mk., wobei zu berücksichtigen bleibt, daß in diesem Zeitraum die Ferienmonate mit ihrem geringeren Geschäftsverkehr liegen. — In der Zweiten badischen Kammer wurde Genosse Geiß wieder zum Vizepräsidenten gewählt. Zum ersten Präsidenten wurde der bisherige Präsident Rohrhurst (N.) bestimmt. Das Zentrum enthielt sich der Abstimmung.

China.

Die Revolution. Die Anständlichen haben gestern Nanking eingenommen. — Aus Peking wird von privater Seite gemeldet: Der Vizekönig von Szechwan ist von den Anständlichen gefangen genommen worden; sein Palast sowie ein großer Teil der Stadt Szechwan steht in Flammen. — In der Mandchurei sind jetzt japanische Truppen eingetroffen. Dadurch wird die Lage ernster. — Nach einer Meldung aus Peking haben die Rebellen um Hankau einen dreitägigen Waffenstillstand verlangt, um die Vorschläge der Regierung zu beraten. Dies wird in Peking als ein Schritt zur Verständigung aufgefaßt. Suanjikai ist mit weitgehenden Vollmachten versehen worden.

Gesamtüberblick über die Stadt Lübeck.

Statistischer Vierteljahresbericht des Statistischen Amtes für das dritte Quartal.

(Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahres.)

Lübeck hatte Ende Juni 1911 98 170 Einwohner. Im 3. Quartal kamen 171 durch Geburtenüberschuss und 418 durch Wanderungsgewinn hinzu, so daß die Bevölkerung um 584 zunahm und sich Ende September auf 98 754 belief.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung verlief folgendermaßen: Geben wurden 174 (175) oder 7,01 pro Tausend (7,17 pro Tausend) geschlossen; die Gezeifer war also etwas niedriger als im Vorjahr. Geburten kamen

560 (637) oder 22,93 pro Tausend (26,02 pro Tausend) zur Anmeldung; ihre Zahl und Ziffer ist also gegen das Vorjahr erheblich gesunken und auch gegen das vorgehende Quartal zurückgeblieben. Von den Geborenen waren 88 (81) oder 10,19 Proz. (12,72 Proz.) unehelich und 10 (13) oder 1,76 Proz. (2,04 Proz.) tot; es weisen also sowohl die unehelichen wie die tot Geborenen einen erfreulichen Rückgang auf. Die Zahl der Sterbefälle stellte sich auf 333 (343) oder 15,63 pro Tausend (14,01 pro Tausend), war also höher als im Vorjahr, was bei der großen Hitze im Sommer nicht weiter verwunderlich ist. Unter den Gestorbenen befanden sich besonders viele Kinder — nicht weniger als 152 (110) waren unter 1 Jahr alt —, während 70 das 70. Lebensjahr vollendet hatten. Die Säuglingssterblichkeit war leider erheblich größer als im Vorjahre und zwar sowohl bei den ehelichen wie bei den unehelichen; demals belief sie sich nur auf 17,63 Prozent, dieses Jahr aber auf 27,19 Proz. Unter den Todesursachen standen Brechdurchfall mit 75 (87) und Magen- und Darmkatarrh mit 36 (36) Fällen oben an, dann folgten Krebs mit 28 (34), Krankheiten der Kreislauforgane mit 27 (30) und angeborene Leber- und Nierenchwäche mit je 25 (18 und 21) Fällen. Sämtlichen ansteckenden Krankheiten fielen 20 (8) Personen zum Opfer. Von den 14 (20) gewaltsamen Todesfällen waren 6 (6) durch Selbstmord verursacht. Der Geburtenüberschuss, der im Vorjahr sich auf 281 stellte, belief sich diesmal nur auf 171.

Die Wanderungsbewegung setzte sich aus 4892 (4743) Zuzügen und 4479 (4563) Abzügen zusammen, es zogen also 413 (180) Personen mehr zu als ab. Der Wanderungsgewinn wurde durch Instaltsrückfassen und Einzelpersonen bewirkt; Haushaltungsvorstände und deren Angehörige wanderten mehr ab als zu. Von den einzelnen Berufsgruppen wiesen die gelehrten Arbeiter einen Wanderungsgewinn von 153, die ungelerten einen solchen von 97 und die freien Berufe einen von 41 auf. Der Wanderungsverlust wurde in der Hauptsache von Schülern, Dienstboten, Selbständigen, Handlungsgehilfen und Reklamen getragen. Einen Wanderungsverlust haben wir wieder im Austausch mit Hamburg gehabt. Wie gewannen dagegen von unserm eigenen Landgebiet, von Schleswig-Holstein, vom Fürstentum Lübeck und in der Hauptsache wieder von den beiden Mecklenburg. Von den Zugezogenen der Monate Juni bis August hatten 87 ein Einkommen von mehr als 3000 Mk., von den Fortgezogenen nur 23; wieder war also die Wanderungsbewegung von finanziellem Vorteil von uns.

Der Fremdenverkehr besifferte sich auf 26 470 (27 812) Personen, ist also gegen das Vorjahr um 1333 zurückgeblieben. Der Rückgang hat ausschließlich die Hotels betroffen, die in allen 3 Monaten weniger als 1910 besucht waren, im Juli um 500, im August um 273 und im Septbr. um 579 Personen.

Die Bautätigkeit war nach längerem Darniederliegen endlich wieder etwas reger. Neue Häuser sind 43 (28), neue Wohnungen 125 (148) fertiggestellt. Ende September befinden sich 69 (78) Wohngebäude im Bau.

Das Wasserwerk mußte infolge der großen Hitze bedeutend, nämlich 96 836 cbm mehr als im Vorjahr abgeben. Auch der Gasverbrauch war um 105 920 cbm höher als 1910, dagegen blieb die Gesamtabgabe des Elektrizitätswerkes wieder, und zwar um 10 357 Kw.-Std. gegen die vorjährige zurück.

Der Personenverkehr überstieg den des Jahres 1910 um ein beträchtliches. Auf der Lübeck-Büchener Eisenbahn wurden 191 357 Personen mehr als im Vorjahr befördert und die Einnahmen stiegen um 141 251 Mk., auf der Gutlin-Lübecker Eisenbahn nahm die Zahl der beförderten Personen allerdings um 11 699 ab, aber die Einnahme um 10 665 Mk. zu. Der Güterverkehr brachte der Lübeck-Büchener Eisenbahn 121 395 Mk. und der Gutlin-Lübecker Eisenbahn 4080 Mk. mehr als 1910. Die Straßenbahn endlich wurde von 186 432 Personen mehr als im Vorjahr benutzt; ihre Einnahme war infolgedessen um 25 413 Mark größer.

Im Seeschiffsverkehr gingen — abgesehen von den Fahrten im Ostseebäderverkehr — 902 (988) Schiffe ein und 898 (962) aus, die Zahl der Fahrzeuge war also wieder geringer als 1910. Aber ihre Tragfähigkeit war wieder größer als im Vorjahr, denn sie stellte sich jetzt auf 261 370 bzw. 267 588 Reg.-Tons, 1910 nur auf 250 052 bzw. 245 731.

Der Flußschiffsverkehr auf der Ober- und Untertrave, der Wakenitz und dem Elbe-Trave-Kanal belief sich für den Hafenplatz Lübeck und die übrigen Mägen auf der Trave im Eingang auf 880 (1081) und im Ausgang auf 869 (1096) Schiffe, die 84 793 (120 501) Tonnen Güter löschten und 37 112 (90 587) einluden. Der Rückgang in der Güterbeförderung ist durch den schlechten Wasserstand der Elbe verursacht.

Die Zahl der im Schlachthaus geschlachteten Tiere betrug 18 160 (16 826), darunter 8887 (7579) Schweine, 4404 (3667) Kühe und Stieren und 2001 (2224) Schafe; sie war mithin mithin beträchtlich größer als 1910. Der Auftrieb auf den Viehmarkt besifferte sich dagegen nur auf 2773 Stück, während im Vorjahr 8185 Stück aufgetrieben waren. Der erhebliche Rückgang erklärt sich aus der Maul- und Klauenseuche; während ihrer Dauer sind weder inländische Rinder noch Schweine noch Kleinwied an den Markt gebracht.

Die Lebensmittelpreise im Detailhandel haben sich seit Anfang Juli fast sämtlich weiter verteuert; nur Schwarzbrot wurde etwas billiger. Der Durchschnittspreis des Septbr. war u. a. für das Kilogramm beim Rindfleisch von der Keule 1,65 Mk. (1,60 Mk.), vom Bauch 1,37 (1,40 Mk.), Schweinefleisch 1,35 (1,45 Mk.), geräucherter Speck 1,60 Mk. (1,72 Mk.), Sßbutter 3,08 Mk. (2,82 Mk.), Schwarzbrot 0,17 Mk. (0,15 Mk.) und Feinbrot 0,32 Mk. (0,30 Mk.).

Anmeldungen zum Gewerbebetriebe sind 155 (164) erfolgt, darunter 61 (48) von Händlern aller Art und 18 (11) von Kaufleuten.

Beim Gewerbegericht wurden 41 und beim Kaufmannsgericht 25 Sachen anhängig gemacht.

Die Zahl der in gewerblichen Betrieben (Fabriken, Werkstätten mit Motorbetrieb und Bauhöfen) beschäftigten Arbeiter betrug am 1. Juli 10 350 (9702), 79 weniger als am 1. April, darunter 2073 (1871) weibliche.

Bei den wichtigeren Krankenkassen waren am 1. September 22 359 (19 329) Personen versichert, von denen 5274 (4927) dem weiblichen Geschlecht angehörten.

Die Arbeitsnachweise, die dem Reichsarbeitsblatt monatlich Berichte übergeben, vermittelten 1634 Stellen, davon 349 an weibliche Personen. Arbeitsgesuche lagen 3680 vor, offene Stellen waren 2117 vorhanden.

Die Volksküche setzte 31 767 (33 891) Portionen Speise und 14 713 (14 479) Tassen Kaffee ab. Der schon in den früheren Berichten konstatierte Rückgang im Verkauf von Speisen ist also immer noch nicht zum Stillstand gekommen. Der Abfall der Kaffeebuden des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke nahm dagegen durchwegs zu. Tassen Kaffee wurden z. B. 6272, Semmel 8001 und Tassen Suppe 2677 mehr als im Vorjahre verkauft; nur der Verkauf von Milch blieb um 1409 Gläser gegen 1910 zurück.

LUBSCHER ADLER
OTTO H. C. VOIGT LUBECK

Zigarrenhaus „HAVANA“

Otto H. C. Voigt

gestattet sich, die Verlegung seines Zigarren-Versandgeschäftes von Mengstrasse 44 nach

Johannisstrasse 22 bei der Königstraße

unter gleichzeitiger Eröffnung eines

Detailverkaufslokals

für **Zigarren, Zigaretten** und **Tabake** ergebenst anzuzeigen.

Illustrierte Preisliste
zu Diensten.

Prompter Postversand.

Postscheck-Konto Hamburg 4383

Fernsprechanschluß
Nr. 1474.



Delikatess-Eigelb- Pflanzenbutter

MARKE

„HEIMCHEN“

Elite-Marke. Vegetabilische Edel-Margarine.

Generalvertrieb:



Otto H. C. Voigt

bisher Mengstrasse 44

jetzt **Johannisstrasse 22** bei der Königstrasse.

Preis per Pfund **80 Pfg.**

in Kartons, Kisten und Kübeln verschiedenster Grösse. Grosskonsumenten besondere Notierungen.

Pflanzenbutter-Marke „HEIMCHEN“, ein qualitativ ganz hervorragendes, rein pflanzliches Produkt, ohne tierisches Fett, den vollständigsten Ersatz für Naturbutter in jeder Verwendungsart darstellend, hat einen kernsüssen sauberen Buttergeschmack und ist wesentlich haltbarer als Naturbutter und sehr bekömmlich. — Aufklärende Prospekte und Backrezepte sowie Kostproben werden gratis verabfolgt.

Jedes Quantum frei ins Haus in Stadt und Vorstadt.

Der Verkauf findet statt im Pavillon auf der großen Diele.

Prompter Postversand.

Postscheck-Konto Hamburg 4383

Fernsprechanschluß 1474.

Telegr.: „HEIMCHEN“.

HAFER-KAKAO Marke „MINONA“

öffentlich begutachtet. Aerztlicherseits wärmstens empfohlen.

Analysiert vom beeidigten Handelschemiker **Dr. phil. Th. Wetzke**, Lübeck.

Hoher Nährwert! Blutbildend! Knochenbildend! Kräftigend! Wohlschmeckend!

Der niedrigst gestellte Preis von **70 Pfg.** per Pfund

ermöglicht den ausgiebigsten Gebrauch in jeder Familie. Tägliches Gesundheitsgetränk für Kinder und Erwachsene, für Gesunde und Kranke.

Kakao Marke „MINONA“ = **Tee** = **Schokolade** Marke „MINONA“.

Generalvertrieb: **Otto H. C. Voigt**, jetzt **Johannisstr. 22** bei der Königstrasse.

Analysen zur Verfügung.

Prompter Versand.

Postscheck-Konto Hamburg 4383.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Otto Abers Kabin.
Markt 4 10
sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. U. a.:
Leberhosen . . . 2.20—6.45
Mantelhosen . . . 2.60—6.75
Schloßhosen . . . 1.88—5.25
Eberziehhosen . . . 1.08—2.25
Juwara-Hosen . . . 1.68—3.25
leimene Jacken, schräge u. gerade.
1.28, Kragen, Hemden, Schlachter-
jacken, Freizeithosen, Malermäntel
erhörmlich billig. Nähen von 30
Pfg. bis 1.88 Pfg. Note Lubeca.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene
Mitteilung, daß ich am Freitag, dem 1. Dezember, nachmittags 4 Uhr,
in meinem Hause

Fleischhauerstraße 54 eine

Schlachterei und Wurstmacherei

eröffne.
Werde es als meine vornehmste Aufgabe betrachten, eine feine,
wohlschmeckende Ware herzustellen. Gestützt auf langjährige Praxis in
erfolgreichen Geschäften der größten Städte Deutschlands, glaube ich wohl,
ein geehrtes Publikum zur Zufriedenheit bedienen zu können.

Indem ich prompte und saubere Bedienung zusichere, bitte höflichst
mein junges Unternehmen unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Erich Helm, Schlachterei u. Wurstmacherei.

Fleischhauerstraße 54.

Turnhallen-Bauverein.

General-Versammlung

am Donnerstag, 14. Dez.,

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht (u. a. Erwerb eines Grundstücks).
2. Vorstandswahlen.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen

: Teilzahlung gestattet:

Bei Barzahlung Rabatt.

Gehe rote Lubeca-Rabattmarken

Ausspielen von

fett. Gänsen, Karpfen

und Rauchfleisch

auf einem Ziehbillard

am Sonntag, 3. Dezember

Anfang 11 Uhr morgens.

Einsatz 50 Pfg.

Dierzu ladet freundlichst ein

Otto Martiensen

Lindenstraße 13.

Großes Muspielen

von

fetten Gänsen, Karpfen und

Rauchfleisch

auf einem Ziehbillard

morgen Freitag, 1. Dez. 1911

Anfang 10 Uhr vormittags.

Einsatz 50 Pfg.

Dierzu ladet freundlichst ein

Hans Ehlers

Unterstraße 61.

Einladung zum

BALL

der Kornträger-Korporation

am Donnerstag, 7. Dezember 1911

im Konzerthaus „Flora“

(Max Siems).

Öffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Ende morgens. Eintritt 1 Mark.

Der Vorstand.



Heute Donnerstag:

Wohlfieds - Gastspiel

De Bière

(Der Geheimnisvolle)

und

das große Programm.

Vorverkauf bei Sager.

Vorzugskarten ungültig.

Stadthallentheater.

Freitag, 1. Dezember. 8 Uhr

Der Bettelstudent.

Operette von G. Millöcker.

Vorverkauf täglich in den bekannten

Stellen bei Nagel, Markt 14, und

Rob. Kohnmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Freitag, 1. Dezember. 7 1/2 Uhr.

Boll-Ab. 66. Freitag-Ab. 11

G a w a n.

Mysterium von Ed. Stucken.

Sonntag, 3. Dezember. 7 1/2 Uhr.

Boll-Ab. 67. Außer Sonntag-Ab.

Bestes Gastspiel

Sigrid Arnoldson.

La Traviata.

Oper von G. Verdi.

Sonntag, 3. Dezember. 7 1/2 Uhr.

Mittel-Preise!

Einmal Gastspiel Alexand. Otto

Deutsch. Schauspielhaus Hamburg

Ut de Franzesentid.

Lustspiel von Fritz Reuter.

Die Reichstagswahl in Rheinland-Westfalen.

Man spricht vom industriellen Westen. Das Wort hat aber nur relative Berechtigung: im Vergleich mit den fast agrarischen Provinzen Ostpreussens. Die Industrie nimmt eine wirklich beherrschende Stellung nur in verhältnismäßig kleinen Bezirken Rheinland-Westfalens ein, vor allem im Ruhrbecken mit seinen Ausläufern, sodann im sogenannten bergischen Lande mit Elberfeld-Barmen und Solingen als Mittelpunkten, außerdem noch im Saargebiet. Gewiß gibt es noch zahlreiche andere industrielle Siedlungen: Um Düsseldorf und Köln herum, das Gebiet von Krefeld bis Aachen, das Siegerland, die Gegend um Bielefeld und Teile des Münsterlandes. Überall ist hier die Industrie von Bedeutung, sie hat große Arbeitermassen zusammengezogen und Hunderttausende Proletariat geschaffen — aber sie nimmt doch nicht die überragende und alles beherrschende Stellung ein, wie in den genannten drei Brennpunkten industrieller Tätigkeit. Im „industriellen Westen“ sind neben dieser hier skizzierten Industrie weite Gebiete der Westprovinzen, die noch rein landwirtschaftlichen Charakter haben; selbst in den industriell durchsetzten Gebieten hat die Landwirtschaft und andere Erwerbszweige noch ihre große Bedeutung, sodass die eigentlichen Industriebezirke, so imponierend sie für sich betrachtet auch sind, doch keineswegs den beiden Provinzen den Stempel aufdrücken.

Das muß bei einer Besprechung der Wahlsituation vorausgeschickt werden; die Bevölkerung der beiden Provinzen ist zumeist katholisch. Überwiegend protestantisch ist nur das Wuppertal, von bösen Zungen auch „Muckertal“ genannt, ein Teil des Siegerlandes und das östliche Westfalen, das Gebiet von Bielefeld und Minden. Die vorwiegend ländlichen Kreise in den katholischen Gebieten sind naturgemäß sicherer Zentrumsbesitz. Die Rheinprovinz hat 35 Reichstagswahlkreise, und von diesen sind 21 ohne weiteres als vorab unantastbarer Zentrumsbesitz zu betrachten. Zu den ausgesprochen ländlichen Kreisen, die dem Zentrum sicher sind, rechnen wir noch elfliche, die mehr städtischen, zum Teil auch vorwiegend industriellen Charakter haben: M.-Glabach, Aachen (Stadt und Land), Koblenz-St. Goar und Trier. Von den 17 westfälischen Wahlkreisen können acht Kreise vorwiegend ländlichen Charakter dem Zentrum als sicher gelten, sodass 29 Mandate in beiden Provinzen im voraus dem Zentrum zugute geschrieben werden dürfen. Die harten klerikalen Bauernschädel werden noch auf Jahre hinaus dem Zentrum einen Besitzstand in annähernd derselben Höhe garantieren. Selbst wenn sich diese Bauern nicht gegen jede wirtschaftliche und politische Einsicht sperren würden, so wäre doch der Einfluß der Geistlichen immer noch mächtig genug, um sie Order parieren zu lassen und sie für das Zentrum an die Urne zu bringen. Die Textilarbeiter des M.-Glabacher und des Aachener Bezirke, die Bergarbeiter des Wurmreviers (Landkreis Aachen) sind gleichfalls in ihrer Mehrheit klerikal verklärt. Die Anzucht der Bevölkerung, der fast völlige Mangel an frischer Blutzufuhr, ein Charakteristikum sowohl der vorherrschenden Industrien dieser Bezirke wie der Grenzgebiete überhaupt und damit zusammenhängend die durch Generationen fortgepflanzte Erziehung zur Hundedemut, haben hier eine Entartung der Rasse bewirkt, über die auch bürgerliche Volkswirtschaftler, wie Alfons Thun und Günther K. Anton sehr harte Urteile gefällt haben. Umgekehrt wirkt im eigentlichen rheinisch-westfälischen Indu-

striegebiet das bunte Völkergemisch, der fortwährende gewaltige Zustrom fremder Arbeiter aus kulturell rückständigen Gegenden, der beständige Wechsel in der Zusammensetzung der Arbeiterbevölkerung dahin, daß die sozialistischen Ideen schwerer als anderswo Eingang finden, und die parteipolitische wie gewerkschaftliche Agitations- und Organisationsarbeit mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Von den 52 Reichstagswahlkreisen Rheinland-Westfalens hat heute das Zentrum 35 inne: 26 in der Rheinprovinz, 9 in Westfalen. Die Sozialdemokratie hat 6 Mandate: Solingen, Duisburg-Oberhausen und das neueroberste Düsseldorf in Rheinprovinz; Bochum, Dortmund und Bielefeld in Westfalen. Die Nationalliberalen haben ihren früheren Mandatsbesitz im Industriegebiet gänzlich verloren, sie verfügen nur noch über zwei Mandate im Saargebiet (Saarbrücken und Ottweiler-St. Wendel), sowie über Kreuznach; in Westfalen über Siegen-Wittgenstein und Herford-Halle. Keines dieser fünf Mandate ist sicherer Besitz. Die Fortschrittliche Volkspartei hat zurzeit drei Mandate: Remscheid-Lennep-Mettmann, Hagen-Schwelm und Altena-Ferloh; außerdem haben sie ein Mandat die Christlich-Sozialen (Wehlar-Altenkirchen), die Reichspartei (Elberfeld-Barmen) und die Konservativen (Minden-Lübbecke).

Die Sozialdemokratie hat das Remscheider und das Elberfelder Mandat bereits im Besitz gehabt und darf zuversichtlich hoffen, hier den vernational-miserabelten „Fortschrittler“ Eichhoff, dort den reichsparteilichen Sammelkandidaten Linz wieder zu verdrängen. Daneben hat sie gegenüber den Fortschrittler sehr günstige Aussichten in dem alten Richterschen Wahlkreise Hagen-Schwelm. Andererseits sind freilich das Duisburger und das neueroberste Düsseldorf Mandat, wie auch Bochum und Bielefeld keineswegs sicher. In Bielefeld ist bekanntlich der ewige Sammelkandidat Graf Posadowsky aufgestellt worden, und es wird abzumarten sein, wie diese Leimrute auf die trägen bürgerlichen Schichten wirken wird. Kämpfe von unerhörter Wucht wird es in den Riesenwahlkreisen des Industriegebietes geben, wo außer dem Zentrum auch noch die Nationalliberalen vermöge ihrer wirtschaftlichen Macht von politischer Bedeutung sind. Das Zentrum wird mit Zähnen und Klauen den Essener Kreis gegen den sozialdemokratischen Ansturm zu halten suchen, die Nationalliberalen hoffen Bochum zurückzugewinnen. Die tollsten Pläne werden namentlich von den günstigsten Zentrumsleuten debattiert, die lächerlichsten Sammelkandidaturen werden vorgeschlagen, um einen „Reichsverband der bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratische Flut“ zustande zu bringen. Nicht minder heftig wird der Wahlkampf in Duisburg, Düsseldorf, in Köln-Stadt und Köln-Land werden. Die beiden Kölner Kreise könnten dem Zentrum abgenommen werden — freilich nur mit liberaler Stichwahlhilfe, deren Voraussetzung wäre, daß die liberalen Wählerschaften, um mit Riese zu reden, die „Angst vor der eigenen Courage“ verlieren.

Überhaupt wird in diesen oder jenen Kreisen der Wahlausfall letzten Endes wesentlich davon abhängen, inwieweit Vereinbarungen zwischen Zentrum und Nationalliberalen zustande kommen. Es ist hier notwendig, den Dingen klar ins Gesicht zu schauen und sich nicht in Illusionen zu wiegen — aber ebenso sehr muß darauf hingewiesen werden, daß Schwarzseherei nicht am Platze ist. Das Zentrum ersehnt nationalliberale Hilfe für Düsseldorf, Köln und Essen, die Nationalliberalen möchten Duisburg, Bochum und möglichst auch noch Dortmund mit Hilfe des Zentrums zurückerobern.

Aber die Milchmädchenrechnungen der beiderseitigen Parteiführer haben wenig wert. Die Herren addieren einfach die Wählerstimmen ihrer beiden Parteien und rechnen ihre ziffermäßige Überlegenheit über die Sozialdemokratie heraus, sie vergessen aber dabei, daß hinter den Wählerstimmen keine Puppen, sondern Menschen stehen und von diesen Menschen die fauersten Berechnungen zuschanden gemacht werden können. Schon bei den vorigen Reichstagswahlen ist ein allgemeines rheinisch-westfälisches Stichwahlbündnis zwischen Nationalliberalen und Zentrum versucht worden. Der Plan ist damals gescheitert an dem heftigen Widerstand der Kölner Jungliberalen. Die Zentrumsstrategen, die eine höllische Angst vor dem Verlust des Wahlkreises Köln-Stadt hatten, wollten Köln um keinen Preis von der Vereinbarung ausschließen und verlangten von der Kölner nationalliberalen Parteileitung, daß sie ihre zentrumsfreundliche Stichwahlparole durch eine Parteiversammlung sanktionieren lassen solle. Dazu hatten aber die Parteihäuptlinge nicht den Mut, weil sie wußten, daß eine solche Versammlung mit einem fürchterlichen Racheindigen würde.

Was jedoch 1907 galt, ist heute noch zehnmal mehr der Fall. Seit dieser Zeit ist die Erbitterung gegen das Zentrum auch in bürgerlichen Kreisen noch gewaltig gestiegen. Die Finanzreform des Schnapsblocks, die reaktionäre Rasererei des Zentrums und seine offene Verbrüderung mit den Sunkern, seine Herrschucht, schließlich die tollsten Anmaßlichkeiten der vatikanischen Politik: das alles hat zusammengewirkt, um auch in weiten Kreisen außerhalb der Arbeiterklasse einen wahren Haß gegen das Zentrum und das brennende Verlangen nach Vergeltung zu erzeugen. Die Düsseldorf „Probewahl“ war ein Beispiel dafür. Ganz gewiß wird in den Stichwahlen von den beiden Parteien alles versucht werden, um Vereinbarungen zustande zu bringen, und als sicher kann gelten, daß sie für einige Wahlkreise auch tatsächlich abgeschlossen werden. Aber wie gesagt: die Wähler sind in diesen Bezirken keine Hammelherde mehr. Es ist vorhanden sehr fraglich, ob sich die katholischen Arbeiter, trotz der im Zentrum herrschenden strengen Disziplin, samt und sonders für nationalliberale Scharmacher an die Wahlurne treiben lassen würden; es ist sogar direkt ausgeschlossen, daß sich die liberalen Wähler in ihrer großen Masse für eine Stichwahlparole zugunsten des Zentrums bereitwillig lassen. Der Liberalismus ist nicht allein fast völlig organisationslos, sein Anhang wirt sich überdies aus Gruppen zusammen, deren wirtschaftliche und kulturelle Interessen keineswegs gleichförmig sind, sich zum Teil schroff gegenüberstehen. Die Führer sind hier tatsächlich Generale über ein Heer, das im gegebenen Falle seinen Kommandeuren den Gehorsam verweigert. Von Köln beispielsweise läßt sich sagen, daß ein nationalliberaler Versuch, dem Zentrum in der Stichwahl durch eine offene Wahlparole beizupringen, gleichbedeutend sein würde mit der Sprengung der nationalliberalen Partei. Hinzu kommt noch, daß die Nationalliberalen in sämtlichen Kreisen, die sie jetzt in Rheinland-Westfalen innehaben, auf sozialdemokratische Stichwahlhilfe spekulieren und daß sie Moers-Rees und Hamm-Soest mit unserer Hilfe zu erobern hoffen. Und da überdies in Kreuznach der Führer Bausch, in Saarbrücken der Führer von unserer Gnade abhängig sein wird, ist erst recht zu begreifen, daß im nationalliberalen Lager eine ungeleitete Begeisterung für Stichwahlbündnisse mit dem Zentrum nicht vorhanden ist.

Seebären.

Erzählung von Gustaf Janson.

Aus dem Schwedischen von A. Rütjohann.

(6. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ich fand sie bei einem französischen Marineoffizier, einem richtigen Hanswurst. Ich schlug ihm die Arme kaputt und von wegen der Symmetrie auch die Beine. Nachher nahm ich Pepita einfach mit, und sie ging auch willig mit mir. Prost! Das war ein Fest, Jung! Ein Leben in Blumenduft und Sonnenschein und Saus und Braus und Überfluß, und das währte so an drei Monate. Die Dirn war dazu geschaffen, die Mannsleut' um ihren Verstand zu bringen. Biermal hab' ich mich für das Weibsbild geschlagen, auf Säbel oder Fäuste, wie es sich eben traf. Aber das war ein Leben! Zweimal hintereinander wurd' mir ein Platz als erster Steuermann angeboten, aber ich sag' nein. Wo sie war, da wollt' ich auch sein. Und die Augen wird Ralle Fors sein Lebtag nicht vergessen. Und ihre Füße, wie sie die anlehte, und ihr Längen...

Gebauen hab' ich sie auch. Sie wollt' manchmal untreu werden, die falsche Rasse, aber denn... ha, ha, ha, wenn ich auf schwedisch zu fluchen anfing und ihr die geballte Faust zeigte, denn warf sie sich vor mir hin und faßte meine Arme. Ja, ich war hart wie Stahl, denn ich wollt', daß sie mich allein lieb haben sollt'. Und das tat sie denn auch redlich — auf ihre Art natürlich — so lange das Geld reichte. Nachher ließ sie mich sitzen und brannt' mit einem von ihren vermählteiten spanischen Lumpengrafen durch. Wie ich das zu hören erlegte, kam ich erst richtig von Sinnen. Ich nahm einem Fahrmann sein Pferd und seine Karre weg — na ja, ich sag' ihm, er sollt bezahlt kriegen, wenn ich was zum Bezahlen hatt' — und dann kutschiert' ich los und kam dann auch zuletzt bei der Plantage des Herrn Grafen an. Na, das wurd' ein Aufstand, ha, ha, ha! Mitten vor seiner Nase küßt' ich die Sitana, und dann warf ich ihn zum Fenster raus. Da fing sie an zu weinen und lag mir was vor, wann könnt' ein Weibsbild wohl auch die Wahrheit sagen? Und dann kam der Graf wieder, aber der Sicherheit wegen nicht allein. Er hatte wenigstens ein Stück zwanzig Schwarze mitgebracht. Na, das gab eine Prügellei, wie Ihr sie zeit eures Lebens nicht zu sehen geglaubt habt. Ich hatt' einen kleinen eisernen Tisch zu packen gelehrt und mit dem schlug ich immer blindlings in den

Hausen. Ich ließ die Schwarzen zur Tür und zum Fenster rausfliegen; denn Pepita gehörte mir, und ich wollt' mein Eigentum behalten.

Und sie — oh, so 'ne Falschheit ist nicht zu denken. Wißt Ihr, was sie tat? Als ich das Gefindel an die Luft beförderte, flüsterte sie mit dem Haushofmeister, oder was er nu war, sie sollten sie und mich allein lassen, auf die Art würden sie am ehesten mit dem Karl Fors fertig. Na, sie ließen uns allein, und ich aß das Abendbrot, das für den Herrn Grafen parat stand, und trank seinen Wein. Und nachher nahm ich Pepita, denn darum war ich ja gekommen. Ich war jung und wild und sah das ganze für einen gelungenen Streich an. Aber bald wurde mir der Kopf dünn — sie hatte was in den Wein gemischt — das kriegt ich nachher zu wissen — und schlief in ihren Armen ein. Da band mich der Racker an Händen und Füßen, richtig sauberlich und nett mit ein paar Gardinenschürzen und ließ das Pack wieder reinkommen. Und als sie mich richtig fest hatten, erzählte sie ihre Geldtat und lachte dabei, und zeigte mit dem Finger auf mich. Ich spuckte ihr ins Gesicht und ihrem Grafen auch, und das war das Ende vom Lied. Und um ihretwegen hatt' ich mir von meinem besten Freund eine Kugel in den Leib jagen lassen.

Ja, das war ein Aufwachen! Aber glaubt nicht, daß ich mich untertriegen ließ. Dann kennt Ihr Ralle Fors nicht. Nein, Prost, auf alle alten Erinnerungen, fröhliche und traurige. — Na, sie knufften mich und bußten mich und brachten mich nach Havana, wo ich dann in Gesellschaft mit Ratten und Mäusen eingelocht wurde. Ich wurde wegen Hausfriedensbruchs und Mordverruchs und Gott weiß was sonst noch für Schandtat, die mir der Graf angedichtet hatte, angeklagt. Aber richtig zu Ende war es auch dann nicht mit mir, wenn es auch anfangs böß aussah. Im Hafen lag ein amerikanischer Dampfer, und dem Kapitän war meine Geschichte auf irgendeine Art zu Ohren gekommen. Außerdem kannte er mich auch 'n bißchen vorher. Er schwur hoch und teuer, daß ich Bürger in den Vereinigten Staaten wär' und vor ein amerikanisches Gericht gehörte. Und bracht' es auch wirklich dahin, daß ich an ihn ausgeliefert wurdel! Es war wieder irgendein Skatell gemeinen und die spanischen Behörden wagten nicht zu muften. Ich ließ mich natürlich gleich anmustern und war seelenvergnügt, daß ich so billig davongekommen war, und nachher erzählt mir der Schiffer, daß sein erster Steuermann auf der Reise gestorben war und daß der zweite am gelben Fieber im Kran-

kenhaus lag. Er konnt' einfach ohne mich nicht segeln, und darum war er so eifrig gewesen, daß er mich loskriegt. Wann hatt' auch ein Yankee die Wahrheit gesagt oder einem Menschen was Gutes erwiesen, wenn er nicht dabei verdienen konnte.

Ich segelte ein halbes Jahr lang mit meinem neuen Schiffer und nahm mich gehörig in acht vor allen spanischen Säfen. Ja, dies ist die Geschichte von meiner großen — und wie ich selber gern eingesteh' — dummen Liebe. Prost! Aber von dem Tage ab verschwor ich mich hoch und teuer, allen Weibsbildern aus dem Wege zu gehen, und eine Zeitlang hielt ich denn auch Wort; aber hinterher wurd' es denn doch eine neue Auflage von demselben Roman und dabei ging all mein Erspartes bis auf den letzten Dreufuß. Aber seitdem hab' ich mich in acht genommen, das könnt' Ihr mir glauben.

„Na, Fors, wann triffst Du Strand das nächstemal?“ „Im alten Frisco, gerade auf den Tag sechzehn Monate, seitdem er mir ein Knopfloch zwiel in meinen Rock geschossen hatte. Als wir binnen kamen, lag „Kung Karl“ da vor uns im Hafen, und ich wußte, daß Manne Steuermann auf dem Raften war. Ich fürchte damals ein eigenes Schiff — irgendwo in Südamerika hatten sie wieder mal einen kleinen Krieg — und ich verdiente fogig bei meiner Blockadebrecherei. Na, um die lange Geschichte kurz zu machen, ich hatte Manne sein Schtehen schon lange verziehen; denn was ist alle Frauenlebe der ganzen Welt gegen die Freundschaft von zwei reinhaarigen Mannsleuten? Nach einer kleinen Zeit ging ich an Bord auf „Kung Karl“. Manne stand bei der Brücke und schielte mich von der Seite an und wußt' nicht recht, was er glauben sollt'. „Guten Tag, alter Jung,“ sag' ich und hielt ihm die Hand hin. Und da glänzte er vor Freude wie 'n frisch gemaschener Posaunenengel und drückte mir, was er konnte, die Faust. Damit war die Sache in Ordnung. Abends, als wir zusammen lossteuerten, um uns ein bißchen zu verlustieren, sag' ich ihm im Vertrauen, er hatt' mir gern die doppelte Ration Blei geben können, denn ich hatt' sie ehrlich verdient gehabt. Und von da an sind wir immer Freunde gewesen. Na, Prost! Hier wird einer leet, wenn wir noch lang so trocken siben.“

Eine kurze Pause, ein paar tiefe Schluck, und hernach sagte der Riese weih:

„Öhr — mal, Manne, jekt kannt Du mit Deiner Geschichte anfangen — der richtigen, mein' ich — die mag ich beson-

Der Hauptkampf wird sich, wenn wir absehen von den bergischen und den paar ostwestfälischen Kreisen, naturgemäß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie abspielen. Die Düsseldorf-Nachwahl wie auch die Kommunalwahlen dieses Herbstes haben schon einen Vorgehensmaßstab für die kommenden Dinge gegeben. Das Zentrum, das in den Wahlkampf mit schlechtem Gewissen, mit Angst und Sorge zieht, hat sich in den bedrohten Wahlkreisen für einen Kampf bis aufs Messer vorbereitet. Zu dem Verlust Düsseldorf fürchtet es den Verlust Kölns und Essens, was gleichbedeutend wäre mit einer gewaltigen Einbuße an politischem Ansehen, weil dadurch das Gerüde von dem „unerschütterlichen Damm“, den das Zentrum der sozialistischen Flut entgegenstellt, vollends zerfällt würde. Überall führt das Zentrum den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht allein mit einem gewaltigen Organisationsapparat, sondern auch mit den niederträchtigsten Lügen und infamsten Verleumdungen, mit denen Hand in Hand eine wüste religiöse Verheerung geht. Was es bedeutet, sich mit einem Gegner dieses Kalibers herumzuschlagen zu müssen, davon können sich unsere Parteifreunde außerhalb der schwarzen Bezirke unmöglich eine Vorstellung machen. Die Sozialdemokratie verzagt darum nicht. Ihr stolzer Aufstieg in ganz Deutschland macht vor den Zentrumsbergen nicht Halt. Der Kampf ist freilich schwer; um jeden Fußbreit Boden wird erbittert gerungen; um jeden Mann wird heiß gefochten — aber um so stolzer dürfen wir dann auf unsere Erfolge sein, auf unser noch ständig wachsendes Riesenheer, über das wir in den beiden Westprovinzen verfügen, und auf die bereits eroberten Positionen. Im Januar 1912 werden wir einen wichtigen Ruck vorwärts machen; wir werden voraussichtlich Mandatsergebnisse haben, wir werden viele Tausende neuer Kämpfer müßern können. Aus den Riesenwahlkreisen des Industriebeckens sowohl, wo dicht zusammengedrängt Hunderttausende Proletarier wohnen, wie auch aus allen anderen und selbst den schwärzesten Gebieten wird die frohe Kunde kommen, daß sich neue Massen zur Sozialdemokratie bekannt und die Votivschiff des Sozialismus freudig aufgenommen haben!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 29. November 1911.

212. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Bundestisch: Delbrück.

Die zweite Beratung des

Hausarbeitersgesetz

wird bei der Debatte über Lohnämter oder Fachauschüsse fortgesetzt.

Dr. Fleischer (Z.): Das Zentrum hat sich, wie ja auch Herr Goehre anerkannt hat, in der Kommission alle Mühe gegeben, die Lohnämter durchzuführen. Die sozialdemokratische Fassung war uns freilich von vornherein unannehmbar. Nach dem Veto der Regierung gegen alle Lohnämter gehen wir vor der Frage, ob wir den Gesetzentwurf daran scheitern lassen wollen. Herrn Naumann, der nicht einmal seine Freunde bewegen konnte, für seinen Antrag auf Lohnämter zu stimmen, mag sich das Scheitern lassen leisten, aber eine große Partei wie das Zentrum kann das nicht. In den Fachauschüssen wird das Prinzip des Arbeitskammergesetzes gerettet, was angesichts des Scheiterns des Arbeitskammergesetzes doppelt wertvoll ist. Die Bedeutung der Fachauschüsse ist durchaus nicht zu unterschätzen; durch sie werden wir auch zu einer Regelung der Lohnfrage kommen. Wir müssen uns jetzt eben mit diesem

Teilerfolg

begnügen. (Bravo! i. Ztr.)

Straß v. Carmer-Zieserich (K.): Wir lehnen jede obligatorische Festsetzung von Mindestlöhnen oder Mindestpreisen mit gesetzlicher Bindung ab. Wir sind überzeugt, gerade mit unserer Ablehnung das wahre Interesse der Arbeiter der Armen wahrzunehmen. Wir werden für die Fachauschüsse stimmen und hoffen, daß sie sich bewähren werden. (Bravo! rechts.)

Everling (M.): Es ist eine glatte Gesichtsfällung, wenn die Sozialdemokratie behauptet, daß sie allein für die Heimarbeiter eintritt. Bedauerlich ist auch die Haltung des Herrn Naumann. Gewiß ist die Lohnfrage die

ders gern, und die ist ganz anders, als was ich in der Arbeit hab'.

„Oh, hm!“ Kapitän Strand schien nicht große Lust zu haben; aber ein Glas in der Stimme des Freundes und der bittende Blick, den ihm Kapitän Fors gab, ließen ihn anderer Meinung werden. Und still und eben, in einer ganz andern Weise als gewöhnlich, fing er hierauf an:

„Ich traf Klara zum ersten Male in Gothenburg, in einer kleinen Gesellschaft, die mein Bruder gab. Ich war Anfang der Dreißiger, hatte angefaßt und war ruhig und gelehrt, beinahe zu gelehrt, meinte Klara; aber der hat ja immer seine besondere Auffassung gehabt. Na, kein Mensch konnte sich denn auch denken, daß ich mich noch verlieben würde; aber wenn's Glück gut ist, fällt auch der Bulle.“

Und gleich, wie ich Klara zu sehen kriegt', fühlt ich, wie sich das bei mir im Hals stockte. Ich tat den ganzen Abend den Mund nicht auf, daß Klara und all die andern meinten, ich wär, ein richtiges Trübsal. Das ist das erste Kapitel. Das zweite fing ungefähr ein halbes Jahr später an; aber dann begriff ich auch, was mit mir los war. Ich war einfach bis über die Ohren in Klara verliebt. Darauf wußten wir einen trinken. Wohl!

Ich ging nach meinem Bruder raus — er war ja verheiratet und mußte also die Geschichte verstehen, daß ich — und hat ihn, er sollte rüberkommen nach der Witwe — Klaras Mutter war Witwe — und mein Freierwerber sein; denn selbst wußte ich mich nicht an die Sache. Wie mar grad', als ob Klara Strand nicht wert wär, dem Mädchen den Schutzriem zu lösen.

Jonas, mein Bruder, ist nie unzufällig gewesen. Als er gewahrt wurde, wie es um mich stand, ging er los und legte den Kurs auf meine zukünftige Schwiegermutter. Nach einer halben Stunde kommt er wieder und sagt: „Et nimmst dich. Ich rief, was ich konnte, hurra, aber damit hat ich nicht so 'ne Eh' haben sollen; denn er meinte in seiner langen Rede: „Was du eigentlich an der Klara siehst, das der Demmel wissen. Ich kann's nicht begreifen.“

„Denn du noch eine Ähnlichkeit zu Klara sagst kriegt' einen aus' Haus.“

(Fortsetzung folgt.)

Kernfrage der Heimarbeit; aber Lohnämter sind undurchführbar. Daher treten wir für die Fachauschüsse ein, auf die Herr Naumann hoffentlich sein Wort von der weißen Salbe nicht bezogen hat. (Abg. Naumann ruft: doch!) Herr Goehre hat an die christliche Barmherzigkeit appelliert; sonst aber verhöhnen die Sozialdemokraten fortgesetzt die christliche Barmherzigkeit. Hier aber handelt es sich nicht um eine Frage der Barmherzigkeit, sondern um eine Rechts- und Zweckmäßigkeitfrage. Das Gesetz wird eine schöne Weihnachtsgabe für das deutsche Volk sein. (Bravo b. d. Kompromißparteien.)

Manz (Fv.): Vor allem muß man die Beschäftigungsmöglichkeit ins Auge fassen. Was nützt die Erhöhung der Löhne, wenn die Leute keine Arbeit haben? Mit Ihrem (zu den Soz.) Antrag ruinieren Sie die Hausindustrie und das wollen Sie ja auch. (Zuruf bei den Soz.: Naumann!) Sie bestärken eine geradezu mörderische Politik. (Zurufe bei den Soz.) Mit etwas mehr Liebe hätte Herr Goehre an den Fachauschüssen irgend etwas Gutes finden können. In dem ihnen die Förderung des Abschlußes von Lohnabkommen und Tarifverträgen übertragen wird, eröffnet sich für sie ein weites Gebiet für Verhandlungen. In diesem Rahmen kann man ein sehr schönes Bild malen. Ich hoffe, daß sich diese

kleinen Arbeitskammern

sehr bewähren werden. (Bravo! bei den Kompromißparteien.)

Dr. Kolbe (Rp.): In den Kommissionen arbeiten die Sozialdemokraten ruhig und sachlich mit; im Plenum gefallen sie sich in fürchterlicher Übertreibung. Wo tragen sie die Maske und wo zeigen sie ihr wahres Gesicht? Wenn Herr Goehre die Sozialdemokratie als barmherzigen Samariter hinstellte und die anderen Parteien als hartherzige Leute, so war das eine pharisäische Übertreibung und ein leidenschaftlicher Ausbruch des Klassenhasses. Der Kompromißantrag geht den richtigen Weg. Der Vergleich mit England ist nicht angebracht. Wir wollen nicht die Hausindustrie beseitigen, sondern sie zu einem gesunden Gliede unserer Volkswirtschaft gestalten. (Bravo! rechts.)

Behrens (Mv.): An sich halten wir Lohnämter für die wirksamste Maßnahme, aber angesichts des bündigen Unannehmbar der Regierung müssen wir uns mit Fachauschüssen begnügen. Die

herzlose Politik des Alles oder Nichts

der Sozialdemokratie machen wir nicht mit. Ein Hauptwiderstand gegen die Lohnämter lag übrigens bei den Freisinnigen. Mögen die Sozialdemokraten dafür sorgen, daß ihre künftigen Großblutgenossen etwas abbekommen von der sozialen Gesinnung des Zentrums. (Bravo! rechts und im Zentr.)

Enders (Fv.): Es gibt tatsächlich in der Heimindustrie eine ganze Reihe Tarife; es kam also nicht behauptet werden, daß der Mangel an Organisation in der Heimindustrie Tarifverträge verhindere. Man denkt immer an die Berliner Konfektion, wenn man von der Unmöglichkeit spricht, die Heimarbeiter zu organisieren. Für die Berliner Konfektion gebe ich die Unmöglichkeit zu, aber im allgemeinen gebe ich sie nicht zu. Ein Tarif ist wertlos, wenn keine Organisation dahintersteht. Aber eine rechtsverbindliche Lohn- und Preisfestsetzung in der Heimindustrie halte ich für unmöglich. In Australien ist das Verschwinden der Heimarbeit eine Folge der Lohnämter; umso mehr bin ich gegen die Lohnämter. Die Erfahrungen in England reichen nicht aus und nur das eine steht fest, daß die

englischen Gewerkschaften sehr durch die Lohnämter gefördert

worden sind. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es ist Leben gekommen in die toten Gebilde. Aber das selbe wollen wir auch durch die Fachauschüsse erreichen: Ordnung in eine organisierte Masse bringen. (Bravo! b. d. Freis.)

Naumann (Fv.): Unser Antrag geht dahin, in den Kompromißantrag den Gedanken der Lohnregulierung in der Hausarbeit einzufügen. Ohne diese Einfügung ist der Kompromißantrag in der Tat

weiße Salbe.

Die Fachauschüsse sind der Gefahr ausgesetzt, ebenso tote Gebilde zu bleiben, wie die Arbeiterauschüsse großer Betriebe. Erst wenn die Fachauschüsse wirkliche Aufgaben erhalten, werden sie Leben gewinnen. Gewiß läßt sich durch Lohnregulierung keine Arbeit schaffen, aber das gilt von jeder Sozialpolitik. Andererseits aber beweist die Erfahrung, daß jede sozialpolitische Hebung die Produktivität steigert. Fürchten wir doch bekanntlich die Konkurrenz der Länder mit höheren Löhnen, mehr als die anderer Länder. Wenn das freihändlerische England und das alte Bismarckland Österreich Lohnämter errichten, warum erklärt sich dann die deutsche Regierung im Prinzip dagegen? Der Staat soll ja garnicht die Löhne festsetzen, sondern die Festsetzung soll durch Vereinbarung der beiden Parteien erfolgen. Wie kann man nach einem Menschenalter der Schutzzölle behaupten, der Staat dürfe sich nicht in die Preisfestsetzung mischen? Die Schutzzölle sind doch nichts anderes, als eine staatliche Garantie der Produktionskosten. Der Staatssekretär sagt, die Regierung kann die Staatsautorität nicht für eventuelle zu hohe Löhne einsetzen. Aber unser Antrag will ja, daß die Löhne von beiden Parteien vereinbart werden. Die Hausindustriellen sind eine unorganisierbare Schicht und eine tarifmäßige Bindung der Löhne ist nur möglich, wenn eine Organisation dahinter steht. Deshalb muß hier der Arbeitsvertrag

durch Zwangsorganisation

aufrecht erhalten werden. Im Zentrum sagt man, die Politik ist die Kunst des Erreichbaren. Aber was heißt erreichbar? Wenn zwei ausmachen, was sie für erreichbar halten wollen und dann dem andern beibringen wollen; seid artig, so ist das nicht sehr schwierig. Das Zentrum schrieft doch sonst nicht vor einem „Unannehmbar“ der Regierung zurück. Die Hausindustrie geht in ihren Hauptbestandteilen zurück und durch Enqueteen und Gutachten erweckt man nur den Schein, als geschähe etwas, und das nennt man dann „Hausarbeitersgesetz“. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Delbrück: Der sozialdemokratische Antrag verlangt, daß auf einseitigen Antrag der Arbeiter die Löhne festgesetzt werden. Das ist keine Tarifvereinbarung. Der Antrag Naumann will, daß eine Vereinbarung der Beteiligten auch für unbeteiligte Dritte gelten soll, und das können wir bei der Kompliziertheit der Verhältnisse nicht zugeben, manche Betriebe würden dadurch geradezu ruiniert werden. — Die Schutzzölle werden unter Umständen preissteigernd wirken und sollen es auch tun, aber sie sind ein für allemal festgesetzt, ohne daß die Behörde dabei auf die Preisbildung im einzelnen eingreift.

Zietzsch (Ed.): Man behauptet, wir wollten mit der Forderung der Lohnämter die Heimindustrie vernichten. Aber andere haben viel weitergehende Forderungen gestellt, als wir, z. B. die Hirsch-Dumreicher Gewerkschaften, der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen usw. Die Lohnämter sollen die Heimindustrie nicht vernichten, sondern eine Garantie für bessere Bezahlung schaffen, ihr Zweck ist die

Sicherung eines Existenzminimums.

Der Staatssekretär meinte, man könne den Industriellen nicht vorschreiben, welche Löhne sie zu zahlen haben. Nach unserem Antrag soll das aber eine paritätisch zusammengesetzte Kommission unter Vorsitz eines Unparteiischen in einem Lohnminimum haben auch die Unternehmer Interesse, weil sich dadurch die Warenpreise erhöhen. (S. richtig! b. d. Soz.) Auch die Frage des Mutterchuhes für Heimarbeiter, die neue Muster erfinden, könnte eher geregelt werden, wenn durch die Lohnämter eine gewisse Garantie für die Bezahlung der Arbeiter, die solche Muster erfinden, gewährt würde. — Das Zentrum weicht vor einem „Unannehmbar“ der Regierung nur immer zurück, wenn es sich um Arbeiterinteressen handelt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Lassen Sie doch, wie bei der Reichsfinanzreform, der Regierung die Verantwortung. In dem Prinzip, nicht regulieren auf die Preisgestaltung einwirken zu wollen, ist auch die Regierung nur konsequent, wenn es sich um Arbeiterinteressen handelt. Bei der Branntweinsteuererhöhung scheut sie sich keineswegs vor einem solchen Eingriff in die Preisgestaltung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn es sich um die Schnapssteuer dreht, hat sie nicht so erhebliche Bedenken, wie wenn es sich darum dreht, die erbärmlich bezahlte Arbeiterschaft vor dem

Verfallen ins tiefste Elend

zu bewahren. Daß die Fachauschüsse praktisch unwirksam sind, hat Herr Naumann schon hervorgehoben. Der Staatssekretär meinte, sie könnten objektive Feststellungen über die Löhne aufnehmen und Vorschläge zu Lohnfestsetzungen machen. Aber Gutachten über die Festsetzung der Löhne dürfen vom Fachauschuss nur abgelehnt werden, wenn der Unternehmerbeisitzer in dem Fachauschuss vollständig eintritt und auch die Arbeitnehmer vollständig einig über das Gutachten sind. Geradezu eine Null werden die Fachauschüsse auf Grund ihrer Zusammenstellung. Sie gehen nicht an den Wahlen hervor, sondern aus dem freien Ermessen der Landeszentralbehörde. Glaubt man wirklich, daß solche Fachauschüsse eine objektive Institution bedeuten? Es ist ja ausgeschlossen, daß etwa die preussische Regierung wirklich Vertrauensleute der Arbeiter in diese Fachauschüsse entsendet. Erhebungen über die Lohnverhältnisse kann auch der gegenwärtig angeblich beschäftigungslose Beirat der Arbeiterstatistik vornehmen, der allerdings der Regierung heute vielleicht schon viel zu unbehagen mit seinen Feststellungen ist. Der Staatssekretär hat den Parteien mit den Fachauschüssen einen

Basard untergeschoben,

für den das Zentrum und die Christlich-Sozialen die Mittel zahlen müssen. Der Antrag Naumann wäre ja auch sich annehmbar, aber er pflanzt ein freies Reis auf einen dürren Stock, aus dem keine Rosen mehr entstehen werden. Herr Everling hat sich über den Appell Goehres an die christliche Barmherzigkeit der bürgerlichen Parteien entrüstet. In Goehres Stelle hätte ich es ja auch getan. Freim Goehre hat ans Gefühl appelliert, weil er eben ein liebes volles Herz aus seiner pastoralen Vergangenheit mitgebracht hat. (Heiter.) Er hat sich getäuscht, wenn er meint, christliche Barmherzigkeit sei auch in der Politik anzutreffen und er hat darauf die Antwort bekommen, daß an ihrer Stelle hier gefehlt werden müsse die nüchterne Berechnung des Geschäftsmannes, die nüchternen Erwägungen der Politik. Die Heimarbeiter werden daraus entnehmen, daß sie nicht bitten, sondern ihr Recht fordern müssen und das wir ihnen nur werden, wenn sie organisiert sind. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Giesberts (Z.): Obligatorische Lohnämter sind im Prinzip das Beste, aber wenn man sie nicht bekommen kann, muß man sich mit Fachauschüssen begnügen. Es war schon ein Meisterstück sozialpolitischer Diplomatie, zu Fachauschüssen zu kommen. Die Sozialdemokraten mögen ihre Blocktrüber von der bürgerlichen Linken nur gehörig beschliffen, dann wird im nächsten Reichstag eine große Mehrheit für obligatorische Lohnämter sein. (Bravo! i. Ztr.)

Die Debatte schließt. Sämtliche Anträge außer dem Kompromißantrag werden abgelehnt. Für den Antrag Naumann auf Ausdehnung der Kompetenz der Fachauschüsse stimmen, wie Abgeordneter Dr. Fleischer (Z.) feststellte, nur sechs Freisinnige: Naumann, Neumann-Hofer, Oeser, Träger, Potthof, Hornmann.

Die Fachauschüsse mit der von den Kompromißparteien vereinbarten Kompetenz sind also angenommen, die Lohnämter abgelehnt.

Eine Reihe weiterer Paragraphen werden debattelos erledigt.

Die Sozialdemokraten beantragen die Einführung eines neuen § 23 a, der die Anwendung der Gewerbeordnung und die Anwendung des Abschnitts Dienstvertrag im B.-G.-B. auf Heimarbeiter sichern soll, einerlei, ob dieselben als Heimarbeiter, als Hausarbeiter oder als Hausgewerbetreibende bezeichnet werden.

Stadt hagen (Ed.): Die Fachwissenschaft, der gesunde Menschenverstand und das praktische Leben, der Sprachgebrauch auch hier im Reichstag kennen keinen Unterschied zwischen Heimarbeitern, Hausarbeitern und Hausgewerbetreibenden. Aber die weltfremde Rechtsprechung hat sich auf einen anderen Standpunkt gestellt und den als Hausgewerbetreibenden bezeichneten Heimarbeitern die Vorteile der Gewerbeordnung versagt. Darum ist es nötig, daß unser Antrag angenommen wird, der solchen Listen einen Riegel vorschiebt. (Bravo! b. d. Soz.)

Geheimrat Caspar bittet um Ablehnung des Antrags, da man bei einem Spezialgesetz nicht eine so tief greifende Regelung treffen könne.

Dr. Pieper (Z.): Wir erkennen an, daß eine Überwindung, aber es bestehen Bedenken gegen die Form, die vielleicht bis zur dritten Lesung behoben werden können. Wir bitten, den Antrag jetzt zurückzuziehen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen und ebenso eine Resolution, wonach bei Vergebung von öffentlichen Lieferungen an die Hausarbeit Berufsorganisationen oder Genossenschaften der Hausarbeiter in erster Linie zu berücksichtigen sind.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Aufhebung der Hilfskassen und Privatbeamtenversicherungsgesetz.)

Schluß gegen 7 Uhr.

Bewerkschaftsbewegung.

Zum Streit in der Berliner Damenkonfektion. Am Dienstag fand eine Versammlung der Zwischenmeister statt, die von etwa 3000 Personen besucht war. In der Versammlung wurde Stellung genommen zu den zwischen der Konfektion der Meister und der Arbeiter an den Verband der Unternehmer gerichteten Schreiben, insbesondere zu dem Schreiben, das die Konfektionäre am Sonntag früh an die Zwischenmeister gesandt haben. Die Versammlung legt Wert auf die Forderung, daß auf diese Weise versucht wird, Mißtrauen gegen die Führer dieser Bewegung zu lösen. Sie ist sich sehr wohl der Ansicht, daß nur in der Weise wie sie

her die Bewegung geführt werden soll und ist überzeugt, daß die Leistung bisher alles unternommen hat, was geeignet war, den Frieden zu erhalten und herbeizuführen. Die Versammlung stellt ausdrücklich fest, daß die Beteiligung eine gute ist und lehnt es ab, auf etwas einzugehen, was den in der Tarifvorlage oder in den Forderungen begründeten Ansprüchen bezgl. einer Sicherstellung der gewährten Lohn erhöhungen erzielt werden soll, widersprechen würde. Die Versammlung verließ sehr gut. Es wurde noch mitgeteilt, daß große Betriebe gestern (Montag) und heute (Dienstag) im Laufe des Tages die Arbeit eingestellt haben, sodaß man davon reden kann, daß die Arbeit nimmere auf der ganzen Linie ruht. Soweit das noch nicht geschehen sein sollte, haben die Verwaltungen der Aufforderung des Vorstandes des Zwischenmeistervereins zugestimmt, daß in allen Betrieben die Arbeit eingestellt werden soll und das möglichst genau werden soll, um das herbeizuführen. Die Verhandlungen könnten sofort stattfinden, wenn sich die Unternehmer dazu bereit erklären.

Die Generalkonferenz der britischen Bergarbeiter. Am 15. November 1911 faßte die Konferenz der Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens den Beschluß, mit den Unternehmern in den einzelnen Revieren bis zum 20. Dezember weiterzuverhandeln. Auch sollten Verhandlungen mit der nationalen Organisation der Unternehmer von der Bergarbeiter-Föderation eingeleitet werden. Zu diesem Schritt wurde die Mehrheit der Konferenz hauptsächlich durch das entgegenkommende Verhalten der Vertreter der Kohlenbesitzer Mittelenglands veranlaßt, die im Prinzip die Forderung eines garantierten Mindestlohnes für alle Untertagsarbeiter anerkannten. Heute liegen neue Berichte aus mehreren Grafschaften Mittelenglands vor, die von lokalen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und der Unternehmer handeln. In Cannon Case sind die Verhandlungen, an denen 30 000 Arbeiter interessiert sind, vertagt worden. In Warwickshire, einem kleinen mittel-englischen Bezirk, kam man jedoch zu einer zufriedenstellenden Einigung. Die Hauptpunkte des Vertrages sind: Dauer erhalten einen Minimallohn von 7 Schilling, die im Tageslohn stehenden Arbeiter einen solchen von 6 Schilling und einem Penny und Auflagern einen Minimallohn von 5 Schilling und 4 Pence zugesichert. Gezüge, Licht und Zypflosstoffe erhalten die Arbeiter gratis. Auch der Lohn der Knaben und Jugendlichen wurde festgesetzt. Das Parlamentsmitglied Johnson, der Sekretär der Bergarbeiterorganisation von Warwickshire, erklärte nach Abschluß des Vertrages: „Wir haben praktisch alles erlangt, was wir forderten. Wenn man im ganzen Lande ein so gutes Abkommen treffen kann, wird kein nationaler Streik ausbrechen.“ Man hätte sich jedoch, diesem Vertrage zu viel Bedeutung beizumessen. Das Kohlenrevier Warwickshire bildet nur einen winzigen Teil der britischen Kohlenindustrie. Die großen Scharfmacher unter den Kohlenbesitzern haben noch zu reden.

Soziales.

Kulturarbeit von 20 Jahren. Nach der „Zuf.“ wurde durch Moors- und Oblandkultur in den letzten 20 Jahren im ganzen Deutschen Reiche an Ernteflächen rund 1 015 000 Hektar gewonnen. In Preußen beträgt die Zunahme durch Oblandkultur 764 000 Hektar. Also gibt es doch in Preußen Deutschland Kulturarbeit!

Über die Zulassung eingeschriebener Hilfskassen als Erbschaften der Krankenversicherung. Hat der preußische Minister für Handel und Gewerbe eine Verfügung erlassen, nach der in Preußen nur solche Hilfskassen als Erbschaften zugelassen werden, die über einen dauernden Mitgliederstand von mindestens 1000 verfügen. Die oberste Verwaltungsbehörde in Preußen will also von ihrem in der Reichsversicherungsordnung niedergelegten Recht, nach welchem auf Antrag eines Versicherungsvereins die Mindestzahl der Mitglieder auch auf 250 herabgesetzt werden kann, keinen Gebrauch machen.

Aus dem Gerichtssaal.

Unerhörte Praktiken eines Zahntechnikers. Der Dentist Rudolf Klee hatte sich kürzlich vor dem Potsdamer Schöffengericht wegen vorläufiger Körperverletzung zu verantworten, der er sich durch eine wohl einzig dastehende Handlungsweise schuldig gemacht hat. Klee machte sich an eine Frau Grigat, die ein Konfitürengeschäft betrieb, als

guter Kunde heran, kaufte auf Pump, bis die Rechnung an der Grenze eines blauen Lappens angelangt war, und überredete nun seine Gläubigerin, auch ihn etwas verdienen zu lassen. Er stellte der Frau vor, daß ihr Gebiß schlecht sei und sie neue künstliche Zähne tragen müsse. Eigenmächtig wollte sich die Frau nicht entschließen und teilte schließlich dem Zahnkünstler mit, daß sie von einem Gebiß Abstand nähme. Am 1. März mußte sie aber, da sie von Zahnschmerzen geplagt wurde, die Praxis des Angeklagten in Anspruch nehmen, um wenigstens einen Bruchteil ihrer Forderung an Klee zu retten. In bestimmtester Form äußerte sie inwiefern sie „behandelt“ werden wollte. Der Angeklagte nötigte die Frau in den Operationsstuhl, legte — wie modern und komfortabel — der Frau eine Serviette über die obere Gesichtshälfte und betäubte durch Injektion den Oberkiefer. Unentwegt zog nun der Angeklagte einen Zahn nach dem anderen, bis er vier extrahiert hatte. Der Frau kam diese Prozedur zu lange vor, sie wachte sich und dabei brach der „Zahnkünstler“ noch die Krone eines völlig gesunden Eckzahns ab. Auf diese Weise glaubte nun der Angeklagte, die Frau zur Erteilung eines Auftrages für ein künstliches Gebiß zwingen zu können. — Das Gericht ging nach der vernichtenden Kritik der Sachverständigen über den Antrag des Klee an, der 3 Wochen Gefängnis als ausreichend hielt, hinaus und verurteilte den „Zahnarzt“ zu 1 Monat Gefängnis. Der Vorliegende bezeichnete die Methode als unerhörten Eingriff gegen den Willen eines Patienten, der streng bestraft werden müsse, da der Angeklagte obendrein sich dadurch nur einen rechtswidrigen Gewinn sichern wollte.

Aus Nah und Fern.

Die ersten Opfer des Eisess. Auf dem Oberteiche in Königsberg i. Pr. sind gestern nachmittag zwei Knaben des Kastellans Köpfer im Alter von 10 und 11 Jahren, die sich auf die schwache Eisdecke gewagt hatten, eingebrochen und ertrunken.

In der Zeit der Jenerung! Wilhelm II. ist seit einiger Zeit wieder von einer Jagd zur andern, und es scheint nicht gerade ein besonders billiges Vergnügen zu sein, den Kaiser als Jagdgast zu beherbergen. In diesen Tagen sucht der Kaiser einen der schlesischen Grafen, den Grafen Siecktorff auf, und damit dem Kaiser eine große Strecke geboten werden kann, hat der Graf 5000 Fasanen in Böhmen aufgekauft, das Stück zu 6 Mk., so daß allein eine Ausgabe von 30 000 Mk. bedeutet. Gleichzeitig wurden alle Innenräume des Schlosses mit elektrischer Beleuchtung versehen, eine eigene elektrische Zentrale angelegt, sodaß dieser einzige Jagdtag dem Grafen etwa 100 000 Mk. kosten wird. In der näheren Umgebung des gräflichen Herrschaftssitzes wird es ganz gewiß nicht an Leuten fehlen, die bei schwerer Tagesarbeit kaum so viel verdienen, daß sie in der Lage sind, sich gründlich fetteffen zu können.

Schweres Unglück auf einem Hochseilwerk. Auf dem Hochseilwerk der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft wurden am Mittwoch sieben Arbeiter durch ausströmende Gase betäubt. Einer von ihnen ist bereits gestorben.

Selbstmord einer Kindesmörderin im Gefängnis. Im Kolberger Untersuchungsgefängnis hat die erst 16jährige Anna Lucht, die wegen Kindesmordes verhaftet worden war, hat sich mit dem Petroleum der Zellenlampe übergossen und in Brand gesetzt. Als man die Zelle betrat, war das Mädchen bereits tot.

Neues vom „Teufelstreiber“ Stürmer. Aus Kirchberg a. M. berichtet das „Heilbronner Nachrichten“: Der bekannte Gesandter Stürmer verlegte das Feld seiner „Tätigkeit“ auch in eine kleine Filialgemeinde unweit Kirchberg. Ein Bäuerlein, das Stürmer schon unter seinen Einfluß gebracht hatte, fing denn auch an, seine Sünden öffentlich und recht herzlich zu bekennen; unter anderem erzählte er, daß er einen Waldfrevel begangen habe. Stürmer „stellte daraufhin fest“, daß das geplagte Bäuerlein sieben Teufel in sich habe; damit man diese vertreiben könne, müsse er einen Ziegenbock haben. Sobald die Teufel ausgetrieben seien, müßten sie in den Bock fahren. Damit nun aber in dem Bock die Teufel nicht weiterleben könnten, müßte der Bock geschlachtet werden. Dies geschah denn auch. Zur Sicherheit blieb der „Mann Gottes“ gleich im Haus; erst als der Bock verzehrt war, zog er von dannen.

Diplome und Silber als Ansporn für den Reservistenfang. Der Vorstand des Preussischen Landes-Kriegerverbandes gibt in der „Parole“ bekannt: „Um die Vereine in ihren Bestrebungen, die jungen Reservisten für die Kriegervereine zu gewinnen, auch fernerhin anzuspornen und besondere Bemühungen zu belohnen, sollen auch im nächsten Jahre hierfür Diplome verliehen werden.“ Dann wird noch gesagt: „Um die Werbetätigkeit noch besonders anzuregen, halten wir es für empfehlenswert, wenn die Vereine diejenigen Kameraden etwa durch ein Bild oder Diplom besonders auszeichnen, welche die meisten Mitglieder gewonnen haben.“ Noch mehr anspornen würden sicher Brustschilde oder ansehnliche Reservistenfänger-Orden. Unsere Genossen werden dafür sorgen, daß trotz Diplome und Silber der Erfolg der Reservistenjäger in der Arbeiterschaft gering sein wird; denn die Arbeiter gehören in die Partei und Gewerkschaftsorganisation, nicht aber in den Kriegerverein.

Ein Kampf um die Freiheit. In Politz an der Elbe wurde die berühmte Einbrecher-Familie Ende wegen eines in Königsberg in Sachen verübten Einbruchs verhaftet. Dabei entstand ein förmlicher Kampf zwischen den Gendarmen und den Verbrechern, die sich mit Revolver-schüssen zur Wehr setzten. Ein Gendarm wurde schwer verwundet.

Blutbad. Von einem seiner Angestellten wurde der Zirkusdirektor George Sanger auf seiner Festung bei London ermordet. Der Angestellte drang mit einer Axt und einem Rasiermesser bewaffnet in das Speisezimmer ein, verfeigte dem Direktor eine wichtige Schlag mit dem Axtknopf auf den Kopf und floh dann. Als er in der Küche durch einen andern Angestellten angehalten werden sollte, brachte er diesem eine lebensgefährliche Wunde am Hals mit dem Rasiermesser bei.

Was ein Häkchen werden will . . . Viele Freude dürften die Eltern eines kleinen neapolitanischen Burschen namens Edgardo Bairo an ihrem Fröhen erleben. Der dreizehnjährige Junge hat es fertig gebracht, mit der Hilfe seiner Mutter Brübermens durchzugehen. Dem eigenartigen Liebespaar ist die Polizei auf den Fersen. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß der Säugling die Mutter viel nötiger brauchte, als der dreizehnjährige Knirps die Geliebte.

Auch ein Denkmahl. Der deutsch-nationale Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses hat die Löcher, die der verreckte Negusch in die Ministerbank und den Tisch des Präsidiums schloß, nicht ausbessern, sondern — in Messing fassen und mit dem Datum (5. Oktober 1911) versehen lassen. . . . Wahrscheinlich läßt der Oberpräsident das so machen, damit seine Kumpans gelegentlich die Erschröcklichkeit der Sozialdemokraten daran demonstrieren können.

Kirchenbrand. Die Kirche von Dippelne bei Stettin ist niedergebrannt. Der Brand entstand infolge schadhafte Zustandes der Heizungsanlage. Der Turm ist ganz ausgebrannt; die Glocken sind geschmolzen.

Hungerknot. Aus vielen Teilen der Herzegovina laufen Berichte über Hungerknot ein. Das Jahr hat nur eine sehr schlechte Ernte in den Haupterzeugnissen Tabak und Zwetschen gebracht. In Bilet kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Gendarmen und hungernden Bauern. Die mohammedanischen Arbeiter bereiteten sich vor, nach der Türkei auszuwandern. Am verzeinsten ist die Lage der jerbischen Bevölkerung, da dies nirgendhin einen Ausweg hat.

Wieder ein Flieger abgestürzt. Der Flieger Mosca-Triest, der in Wien als Passagier an dem Fluge des Oberleutnants Mittner teilnahm, wurde infolge scharfer Landung des Flugzeuges aus dem Sitz fünfzehn Schritt weit fortgeschleudert und war sofort tot. Mittner ist verletzt worden.

Quittung.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Lippe und Westfalen gingen ein:

Von den Buchdruckern	50 Mk.
„ „ Brauerei- und Mühlenarbeitern	30 „
„ „ Holzarbeitern	100 „

Die Kartellkommission.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Wener u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Für die uns beim Hinscheiden unseres Sohnes erwiesene Teilnahme und Kranzspende danken herzlich
Aug. Schmidt und Frau Fachsenburg.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Hochzeit danken herzlichst
Carl Beck und Frau Emma geb. Gieseler.
Schlutup, den 25. Nov. 1911.

Ein freundliches Zimmer
nach vorne zu vermieten.
Weicherstraße 13, I.

Ein Logis zu vermieten.
Woche 2.50 Mk.
Schumacherstr. 16.

Gesucht zum 1. April von Leuten ohne Kinder e. frdl. 2-Zim.-Wohn. mit Zub. Nähe Schullstr. Eg. Reihe. Ang. unt. G H an die Exp. d. Bl.

Jugendlicher Arbeiter oder Junge für leichte Arbeiten in der Schlosserei gesucht.
H. Tang, Schützenstr. 56a.

Gef. zum 1. od. 15. Dezember ein laub. zuverl. Mädchen bei guter Behandlung. Nicht unt. 20 Jahre. Näh. Schwartzauer Allee 173, I.

Zu kaufen gef. ein tiefes u. breit. Grundstück innerhalb der Stadt. Angeb. mit Ang. der Größe, Miete-einnahme, Brandkassenwert, Stand der Hypothekenford. und Anzahlung unter R R 15 an die Exp. d. Bl.

Guterhalt. Kinderklappstuhl
zu verkaufen. Segebergerstr. 20.

Damen-Jackett u. schw. Bluse
zu verkaufen. Glorinstr. 11.

Guterhalt. Wintertragen
zu verkaufen. Unterstraße 26/1.

Junge rote Rohde-Island-Bühne mit Klubring, mehrmals prämiierter Stamm, zu verkaufen.
Eggers, Rosenpforte 1.

1-2 schlängige Bettstelle
mit Seegrasmatratze billig zu verkaufen. Friedensstraße 84.

Ein guterhalt. Vogelbauer, am liebsten mit Ständer, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter P E an die Expedition dieses Bl.

Entlaufen am Montag nachm. ein Dobermann ohne Steuerzeichen, neues Halsband.
Abzugeben Kahlhorststraße 46a.

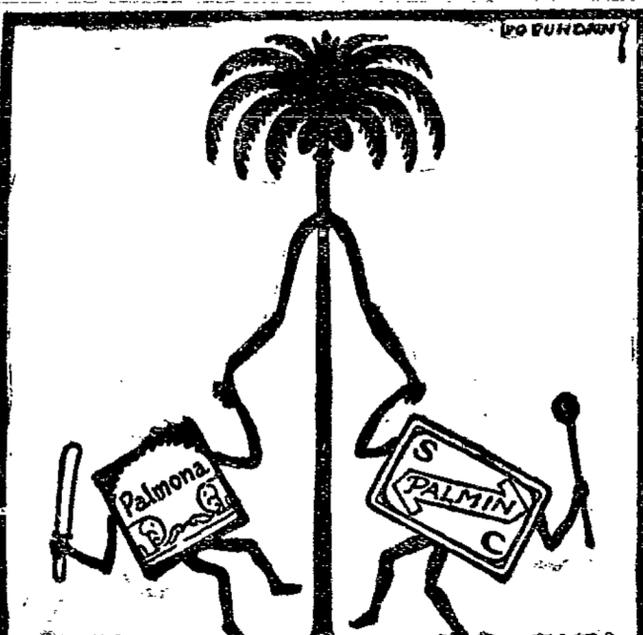
Damen-Hüte u. Pelzmützen
werden billig und flott angefertigt.
J. Kahle, Baulstraße 21.

Wegen Trauerfeier sind unsere Geschäfte Freitag morgen von 9-4 Uhr geschlossen.
Elise Schwarz, Marie Vollert,
Gnagelstraße 27.

Kauf Cure Schuhwaren
im Parteschuhwarengeschäft von
A. Greve,
Fachsenburger Allee 74.

Empfehle meinen Krummesser und Buntekoh-Doppelkummel sowie alle anderen Spirituosen.
Aug. Maas, Seimrichstraße 18.

Hasenfelle, Kanin, Iltis, Otter, Marder, Fuchs zc. sowie Pferdehaare
kauft zu höchsten Tagespreisen
D. Wagner, Polsterstraße 8.



Mutter und Kinder

kennen die Vorzüge von
Palmin (Pflanzenfett) und Palmona (Pflanzen-Butter-Margarine) als Speisefett und als Brotaufstrich. Diese Produkte sind von absoluter Reinheit, leicht verdaulich (kein Aufstoßen, kein Sodbrennen), sehr preiswert und gänzlich frei von tierischen Fetten. — Man vermeide die zahlreichen Nachahmungen, betrachte ihr Vorhandensein vielmehr als einen Beweis für die vorbildliche Qualität unserer Produkte.
H. Schindler & Cie. A.-G.
NB. Palmin steht auch „weich“ (schon zähflüssig) zu haben.

Heinr. Schultz
Uhrm. u. Goldarb.
ob. Johannisstr. 20.
Uhren, Ketten,
Gold- u. Silberwar.
goldene Trauringe
Rathenower
Brillen.
Eigene Werkstatt.

Sämtliche Reparaturen
an Fahrrädern und Nähmaschinen
aller Systeme werden in kürzester Zeit
bei billigster Berechnung prompt
ausgeführt.
Sämtliche Ersatz- u. Zubehörteile
stets am Lager.

Heinr. Körner,
Gr. Burgstr. 23.
Fernruf 1685.

Schmucksachen m. Photographien
von Mk. 2.00 an.
Atelier Lubeca, Breite Str. 13.

Hasenfelle,
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc.
Pferdehaare,
Mähnen, Kuhschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.



Die treibende Kraft

bei dem Streben nach Wohlstand ist die Sparsamkeit. Sie sparen bedeutend, wenn Sie an Stelle teurer Molkereibutter beste Margarine verwenden und zwar

Rheinperle

-Margarine, das Beste vom Besten.

Solo

-Margarine, der altbewährte feine Butter-Ersatz.

Cocosa

feinste Pflanzen-Butter-Margarine.

Im Gebrauch, Aroma und Bekömmlichkeit sind diese ersten Marken feinsten Butter gleich. Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen
G. m. b. H. Goch.

Rheinperle
Solo
Cocosa

statt
Butter
das beste!

Öffentliche politische
Versammlungen.

Große

Volks-Versammlungen

finden statt:

Gewerkschaftshaus am Sonntag, dem 3. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Moorgarten am Sonntag, dem 3. Dezember 1911, nachm. 4 Uhr, im Saale des „Wachholderkrugs“ (Wehrend).

Referent: Parteisekretär W. Bromme, Lübeck.

Schönböcken am Sonntag, dem 3. Dezember 1911, nachm. 4 Uhr, im Lokale „Steinrader Baum“.

Referent: Redakteur August Kasch, Lübeck.

Tages-Ordnung: **Die bevorstehende Reichstagswahl.**

Wähler, Arbeiter und Arbeiterfrauen! Sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlungen!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Paul Löwigt, Johannisstraße 45

Teuerungszulagen

werden nur selten gewährt. Deshalb ist jeder Haushalt genötigt zu sparen. Wer bei den jetzigen teuren Butterpreisen seine Zuflucht zur Margarine nimmt, versuche im eigenen Interesse unsere wirklich erstklassigen Margarine-Spezialitäten

„Unser Ruhm“

und „Rowitt“

sowie die allerfeinste Pflanzenbutter-Margarine

„Herba“

Sämtliche Marken verbürgen reinste Qualität, sind nach eigenem Verfahren aus nur besten Rohstoffen hergestellt und infolge ihres lieblichen Geschmacks und ihrer Bekömmlichkeit von bester **Meiereibutter**

kaum zu unterscheiden, im Gebrauch aber wesentlich **billiger.**

Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:

Rositzky & Witt, G. m. b. H., Altona-Ottensen.



Knorr-Hafermehl

gibt für Kinder das beste Frühstück, wenn die Schule ihre jungen Kräfte beansprucht. Es macht kräftig, rotwangig und blühend.

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung zum humoristisch. Abend

ausgeführt von der Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky-Berlin

am Freitag, d. 1. Dezember 1911,

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52,

am Sonnabend, d. 2. Dezbr. 1911,

im Neu-Lauerhof, Arnimstraße.

Anfang abends 8 Uhr. Kassenöffnung 7 1/2 Uhr.

Eintritt 20 Pfg.

Rechtzeitiges Kommen sichert guten Platz.

Aus dem Programm entnehmen wir unter anderem folgendes:

1. Die roten Teufel. 2. Aus Allenstein.

3. Eine Wahlversammlung in Kraxteppeln usw.

Zum Schluß eine Komödie:

Der bekehrte Sozialistenfresser.

Karten sind zu haben bei sämtlichen Bezirkskassierern, im Bureau

Johannisstraße 48, I und bei Herrn Gutsche, Neu-Lauerhof, sowie im

Gewerkschaftshaus.

H
C

I

vir

bef

hie

F

gu
die
fo
wilt
Sta
Ger
sch
Wo
fozi
die
win
und
sche
das
Sta
in
alle
für
für
und
P
tu
den
in
not
We

han
gese
den
Erst
Ra
Lan
und
Ne
Ma
wuf
Ref
schl
W
der
wä
der
mit

Reic
die d
- u
err
von
B
Sie
lis

tag
paise
Wilk
fre
Det
und
die

ezember